

Bezugspreis:

Bestellpreis: 30.- M., monatlich 10.- M.,
für ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M., zzgl. Po-
stgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal. Sonntags und Feiertags
einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Rint Moritzplan, Nr. 15190-15197

Sonntag, den 15. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Rint Moritzplan, Nr. 11753-54

Anzeigenpreis:

Die achtgepaltene Kompositionelle
Zeitung: 1. M., Teuerungszuschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“, das ist ge-
druckte Wort 1.- M. (zuletzt zwei
letzte gedruckte Worte), jedes weitere
Wort 60 Pf. Stempelgebühren und
Schließgebühren des ersten Wort
60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.
Werte über 15 Buchstaben zählen für
ein Wort. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2.- M., politische und ge-
werbsmäßige Vereine 4.- M.,
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Sonderheft, Berlin SW. 3, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schließ-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Schlussitzung des Preußenhauses.

Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung hat ihre Arbeit beendet, und zugleich setzt der Kampf um den ersten verfassungsmäßigen Landtag der Republik Preußen mit voller Schärfe ein. Die Sozialdemokratische Partei geht in diesen Kampf in voller Erkenntnis seiner Schwere, aber auch mit vollem Vertrauen in die Einsicht des wertvollen Volkes und seine gesunde Urteilskraft, die der lärmenden Propaganda ihrer Gegner rechts und links widerstehen wird.

Die Preussische Landesversammlung hat ebensowenig eine sozialdemokratische Mehrheit besessen, wie die vor ihr heimgegangene Deutsche Nationalversammlung. Auch hier mußte die Sozialdemokratische Partei mit jenen bürgerlichen Parteien, die sich auf den Boden der Republik gestellt hatten, gemeinsame Arbeit leisten, wenn sie das Schicksal des deutschen und preussischen Volkes nicht in die Hände der äußersten Reaktion legen wollte. Bis zuletzt hat sie in der Preussischen Landesversammlung zwar nicht alleinentscheidend, aber doch starken Einfluß ausgeübt, und der ganze Wahlkampf dreht sich einzig und allein um die Frage, ob sie diesen Einfluß erweitern, behalten oder verlieren soll. Alle Anstrengungen der Monarchisten sind darauf gerichtet, die Sozialdemokratie aus ihrer starken preussischen Stellung hinauszumwerfen und auch hier nach neubürgerlichem System zu regieren. Ein weiterer Ruck auch des Reichstages nach rechts wäre davon die unausbleibliche Folge.

Daraus ergäbe sich des weitern: Gefährdung der republikanischen Verfassung und eine Kette schwerer innerer Erschütterungen, Vorherrschaft der großkapitalistischen und großagrarischen Interessen über die Interessen der arbeitenden und verbrauchenden Massen der Bevölkerung, wachsende Lebensmittelteuerung, Lohnstillstand, Bedrohung aller sozialpolitischen Errungenschaften, verschärfter Klassenhaß, Vorherrschaft der herrschenden Klassen gegenüber den geschlagenen, beherrschten. Es liegt in der Hand der arbeitenden Massen der Bevölkerung, diesen furchtbaren Rückschlag zu vermeiden, sie kann ihn vermeiden, indem sie, ohne auf die Locken von links und rechts zu hören, sozialdemokratisch wählt.

Jede Stimme, die rechts von der Sozialdemokratie fällt, ist ein Gewinn für die äußerste Rechte. Die Deutsche Volkspartei ist von den Deutschnationalen nicht zu unterscheiden, Zentrum und Demokratie sind unsichere Kantonskinder, ihre künftige Stellungnahme ist aufs höchste ungewiss. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist ein Stein in dem Damm, der Preußen und Deutschland vor der reaktionären Hochflut schützt. Jede Stimme rechts von der Sozialdemokratie ist ein Schuß gegen diesen Damm.

Jede Stimme, die links von der Sozialdemokratie fällt, ist ein Gewinn für die äußerste Rechte. In diesem Wahlkampf geht es nicht um die Statistik, sondern um die Macht. Wer unabhängig oder kommunistisch wählt, erreicht damit, daß die Wahlsieger der unabhängigen oder kommunistischen Partei um eins steigt. Sonst erreicht er gar nichts als eine Schwächung der Sozialdemokratischen Partei und damit eine Stärkung der Reaktion.

Es ist ganz gut zu begreifen, daß nicht jeder Arbeiter mit allem, was Sozialdemokraten getan, geredet und geschrieben haben, einverstanden ist, daß er die ungeheuren Schwierigkeiten des Durchsehens nicht kennt und mit dem Erreichten unzufrieden ist. Aber wenn er deswegen davonläuft und, statt seine Kraft mit auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren, irgendeiner Zersplitterungsgruppe seine Stimme gibt, dann handelt er als ein politischer Selbstmörder.

Jeder Arbeiter weiß heute, welchen Fluch die Zersplitterung über die Arbeiterbewegung gebracht hat. Aber jeder ruft den anderen zu, sie sollten sich nur in einer Gruppe oder seinem Grüppchen anschließen, dann sei ja die Einigkeit da. Auf diese Weise wird die Einigkeit nie zustandekommen. Sie wird nur zustandekommen, wenn die Arbeiter ihre gesammelte Kraft auf den Punkt werfen, auf den es ankommt. Jetzt aber kommt es darauf an, der immer übermächtiger werdenden Reaktion einen Dämpfer aufzusetzen, und das kann nur dadurch geschehen, daß jeder Mann und jede Frau sozialdemokratisch wählt.

Reben in Versammlungen, Artikel in Zeitungen, Flugblätter, die ins Haus getragen werden, bringen allein nicht die Entscheidung. Es kommt auf den Grad der Aktivität an, die jeder einzelne Parteianhänger für seine Partei entwickelt. Nur leidenschaftliche Hingabe an die Sache, für die man kämpft, kann den Sieg gewinnen. Könnten die Massen des wertvollen Volkes keine Leidenschaft aufbringen, wo es gilt, die Republik zu retten und ihrem Aufstieg zu höheren Formen der menschlichen Gesellschaft den Weg zu bahnen, so hätten sie fürder kein Recht, sich über ihr Schicksal zu beklagen. Sie hätten es dann selbst so gewollt!

Keine Macht der Welt kann das Elend der Nachkriegszeit mit einem Schlage beseitigen. Die Rechtsparteien

Die Teuerungszulagen.

Berlin, 14. Januar. (WTB.) Amtlich. Das Kabinett beriet heute abend über die Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter des Reiches, nachdem im Laufe des Tages Besprechungen mit Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter beim Reichsanwalt stattgefunden hatten. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Regierungsparteien teil.

Man einigte sich schließlich auf folgende Regelung, für die auch die Zustimmung des Reichstages zu erwarten ist.

Für die Reichsbeamten sollen die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt im Ortszuschlag erhöht werden:

in Ortsklasse A	70 Proz.
" " B	67 "
" " C	65 "
" " D	60 "
" " E	55 "

Für die Reichsarbeiter sollen die Teuerungszuschläge für die Stunde erhöht werden:

Ortsklasse A	0,60 M.
" B	0,50 "
" C	0,40 "
" D	0,30 "
" E	0,20 "

Die entsprechende Gesetzesvorlage wird den gesetzgebenden Körperschaften sofort zugehen.

Können es nicht, eine von ihnen sitzt seit sieben Monaten in der Reichsregierung, und ist seitdem etwas besser geworden? Die Kommunisten können es nicht, sie herrschen seit mehr als drei Jahren in Russland, und sie haben in dieser Zeit nur eine Frage des Sozialismus geliefert, das Elend des Volkes ins Unerträgliche gesteigert. Nur schrittweise kann es vorwärts gehen, und für diese schrittweise Vorwärtswendung fordern wir Sozialdemokraten freien Raum. Für sie kämpfen wir gegen die bewußten Rückwärtler von rechts und ihre unbewußten verblendeten Bundesgenossen von links.

Es ist der Fluch der Menschheit, daß sie so oft im Unvernünftigen die stärksten Leidenschaften entwickelt, in den Selbstzerstörungen des Völkertums, des Bürgerkriegs, des Bruderkriegs unter Klassengenossen. Die Massen des arbeitenden Volkes müssen ihre politische Reife beweisen, indem sie zeigen, daß man auch für das Vernünftige mit Leidenschaft kämpfen kann. Die Kraft, die sich die Sozialdemokratische Partei in allen Stürmen der Zeit bewahrt hat, und die sie im Laufe der letzten Monate durch ihren organisatorischen Fortschritt noch weiter ausbauen konnte, ist ein wahres Monument für den klaren nüchternen Verstand, aber auch für den hingebungsvollen Idealismus des deutschen werktätigen Volkes. Daß sie sich am 20. Februar glänzend bewähre, das muß nun an jedem Tage der erste und der letzte Gedanke jedes echten Sozialdemokraten sein!

Indem wir auf das gestrige Abendblatt verweisen, geben wir hier den weiteren Bericht über die

Schlussitzung:

In namentlicher Abstimmung kamen Freitag nachmittag wieder durch die sozialistische Obstruktion die Ausschusstränge zu Fall, welche verlangen, daß die Lehrerseminare in höhere Lehranstalten umgewandelt werden, daß keine Aufnahmen in die unteren Klassen der Volkshochschulen stattfinden sollen, daß die Verordnungen über die Weiterbildung verheirateter Lehrerinnen vorläufig außer Kraft zu setzen seien, und daß die Seminare künftig auf paritätische Grundlage gestellt werden sollen. Der Rest der Ausschusstränge zum Elementarunterrichtswesen und zu den höheren Lehranstalten wird in einfacher Abstimmung angenommen.

In der achten Sitzung des Tages wird dann das Gesetz zur Feststellung des Staatshaushalts für 1920 in zweiter Lesung angenommen.

Bei der dritten Beratung des Staatshaushaltsplanes spricht zunächst

Abg. Heilmann (Soz.):

Auf das lebhafteste bedauern wir, daß die preussischen Wahlen abgehalten werden, bevor über das Schicksal Oberschlesiens entschieden ist. Aber die Rechte hat leider in der Sucht, einige Mandate zu erobern, das Interesse Deutschlands vergessen. (Unruhe und Zurufe rechts.) Uns ist

jedes oberclassische Dorf wichtiger als Duzende von Mandaten. (Sehr wahr! links.) Pflicht wäre es, statt sich gegenseitig in Wahlkämpfen aufzureiben, alle Deutschen zu einer einheitlichen Front

zusammenzufassen. Sie (nach rechts) tragen die historische Verantwortung dafür, daß statt dessen die Abstimmung kurz nach den Preußenwahlen fällt. Sie rechnen eben schon mit Ihrem Einzug in die preussischen Ministerien. (Lachen rechts.) Herr Graef, Antiam, wenn Sie wünschen, kann ich Ihnen den künftigen Landwirtschaftsminister nachher privatim nennen, d. h. den, den Sie in Aussicht genommen haben. (Hört! hört! Große Heiterkeit.) Wir haben nichts getan, die Arbeiten dieses Hauses zu verzögern, wohl aber die Herren Herat und Leidig, die sich schon vor einem Jahre prinzipiell gegen jede Verfüzung der Redezeit im Bunde mit Adolf Hoffmann festgelegt haben. Die Rechte hält es jedenfalls für die Abstimmung nützlich, wenn die sozialistischen Minister in Preußen verschwinden. Ebenso denken die Herren von ganz links. Preußen und Deutschland wären schon längst verloren, wenn nicht in den letzten Jahren seine ärmsten Söhne sich als seine stärkste Stütze erwiesen hätten. Dagegen macht ein großer Teil der oberclassischen Magnaten für Polen

Propaganda, ein weiterer großer Teil bereitet sich vor, im Falle eines polnischen Sieges mit den neuen polnischen Herren gut auszukommen. Graf Ranig hat ja seinerzeit das Verbleiben des Masurienlandes bei Deutschland von der Aufhebung der Zwangsarbeit abhängig machen wollen. (Hört! hört! links.)

Die Reichsregierung vom 18. Januar 1871 war das Ergebnis des vielgepriesenen Aufstiegs der Hohenzollern. Leider haben die

Hohenzollern nur Hausmachtspolitik getrieben.

Dem Großen Kurfürsten ist es zu verdanken, daß Stralsburg an Frankreich fiel. (Großer Lärm rechts.) Er hatte den französischen König schon vorher wissen lassen, daß er gegen eine Besetzung nichts einzuwenden hätte. Den geistvollen Spätter und Gotteslästerer Friedrich II. reklamieren Sie (nach rechts) als preussischen Typus Ihrer Art! Haben Sie so wenig Vertrauen zu Ihren Eigenschaften, daß Sie sich mit so gänzlich fremden Federn schmücken müssen? Auch auf Kant berufen Sie sich mit Unrecht, sein „Traktat vom ewigen Frieden“ ist doch wohl nicht deutschnational!

Mit Eisen und Blut

Ist das Reich gegründet, nicht durch parlamentarische Beschlüsse, durch Eisen und Blut ist es auch zugrunde gegangen. Daß die Deutschen Elend-Leidtragenden das Deutsche Reich niemals lieben gelernt haben, das, und nicht die Niederlage, beweist den nationalen und moralischen Bankrott der Hohenzollern. Nur ein freies Volk kennt wahre Vaterlandsliebe. Wenn Sie wirklich deutsch empfinden, dann sorgen Sie vor allem dafür, daß die innere, die staatliche Freiheit uns erhalten bleibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht die deutsche Demokratie hat die Niederlage zu verantworten. Wir haben Deutschland gerettet, indem wir den letzten möglichen Augenblick zum Frieden erwählten. Kein gewissenhafter Staatsmann opfert sein Volk nutzlos, und völlig ausichtslos wäre die Fortsetzung des Krieges gewesen. Daß am 9. November nicht einer von Ihrer Seite sich geopfert hat — das läßt mich über das ganze nachträgliche Schwagen von dem herrlichen Kaiserum mit Verachtung hinweggehen.

Im Kriege haben wir bis zum letzten Augenblick unsere Pflicht getan, was in einer schwachen Stunde der deutschnationale Kollege Nippel selbst hier zugegeben hat. Nicht aus Nachgiebigkeit gegen die Arbeiter, sondern

mit dem schweren Opfer der Parteieinheit

sind wir in die Bresche gesprungen. Nicht die Unabhängigen haben die Revolution gemacht. Wohl weiß ich, daß einige Schwäger bei den Unabhängigen sich dessen rühmen, die da glauben, eine Revolution könne man machen. Aber die Revolution war eine unvermeidliche Folge der Niederlage. Noch im Juni 1918 hat die Oberste Heeresleitung festgestellt, daß die Stimmung der Truppen ausgezeichnet sei. Und nach der Revolution haben wir dann Republik und Demokratie aus den Wirren des Bürgerkrieges gerettet. Wer hat das alles geleistet, wenn nicht diese Koalition? Nicht unfähige Krippenreiter haben wir an die Spitze gestellt, sondern Männer, die uns durch das Nieseln hindurchgerettet haben. Daran wird uns kein Ausfall der Wahlen irremachen, wir würden uns von der Entscheidung eines mißleiteten und verlassenen Volkes immer wieder an die bessere Einsicht appellieren.

Im Reiche ist ja inzwischen die sozialdemokratische „Mischwirtschaft“ abgelöst von den „begabten“ Fachministern

der Deutschen Volkspartei. Was dabei heraus kam, war ein Gemisch von Unfähigkeit und Korruption.

Hat in Deutschland der sozialdemokratische Außenminister Adolf Köster sich jemals solche Entgleisungen geleistet, wie Herr Sunne oder der Reichsminister Hermer, der den Franzosen treuherrlich versicherte, wir würden sie sobald nicht überfallen? Wie gefallen Ihnen diese bürgerlichen Fachminister? Der merkwürdigste ist aber doch Herr Hermer. Der hat persönlich eine große Kafferschleibung seines Untergebenen Dr. Fürst entdeckt und rückgängig gemacht, es aber nicht für nötig gehalten, Herrn Fürst aus seinem Amte zu entfernen! (Belachtes Hört! hört! links.) Die Leiter der Reichspoststelle sind zurückgetreten, weil Minister Hermer durch seine Wirtschaftspolitik das Reich um Milliarden geschädigt hat. Und das sind keine Sozialisten, sondern Geheimräte vom alten System! Die Herren Stinnes-Hoffen lassen für ihre Arbeiter Lebensmittel aufkaufen aus dem Goldmarkfonds durch eine Gesellschaft, an der sie finanziell beteiligt sind. Das ist bürgerliche Ernährungswirtschaft!

Einem literarischen Vierruß heranlaltet die „Kote Rahn“. Sie bringt im Ansehung auf drei Berliner Zeitungen erfindene Verläufe über den Heberstift Rinaldo Frances zum Romantismus. Der angeblich aus dem „Vormittag“ übernommene hat zum Motto: grollendsten Bild. Da die Gläubigen der „Kote Rahn“ keine anderen Zeitungen lesen dürfen, müssen sie der Ansicht sein, daß die Verläufe echt sind, und daß ist offenbar auch der Zweck der Uebung.

Weshalb merkt denn, warum Herr Balden sich in Wien mit einem Rinaldo beihob? Reht, man weiß nicht. Es soll nur eine ganz kleine Rinaldo gewesen sein, und der Rinaldo kann sich wieder aufrufen. Und die Gläubigen hat er auch nicht, aber Thierengläubige. Also ein reiner Quack, der amnahmsweise nicht im Theater, sondern bei aufgehobenen Bekanntheiten in der Presse arbeitet.

Groß-Berlin

G. m. b. H. Neukölln.

Ein Vorgang von größerer Bedeutung spielt sich momentan in dem von der Stadtgemeinde Neukölln errichteten kommunalisierten Baubetriebe ab, welcher unter dem Namen Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft m. b. H. bekannt ist. Der Betrieb verfügt über eine moderne Tischlerei, Zimmerei, Klempnerei, Malerei usw. und führte bisher die von der Stadt vergebenen baulichen Arbeiten aus. In den Baumaterialien sind Millionen investiert, und da der Betrieb sich prächtig entwickelte, war es der Stolz derjenigen, auf deren Konto ein erheblicher Teil der Förderung des Betriebes zu sehen war. Momentan durchläuft dieser soziale Betrieb die erste Krise. Die größten Bauprojekte sind fertiggestellt, für andere sind momentan keine Mittel flüssig zu machen, die begonnene Siedlung am Dammweg darf auf Anordnung Berlins in ihrem weiteren Umfang wegen Mangel an Mitteln nicht fortgesetzt werden; die Arbeiten gehen daher zur Reize. Der kämpfstehe Versuch der Geschäftsleitung — durch Beteiligung an Submissionen Arbeit hereinzuschaffen, ist bisher nicht von dem erwünschten Erfolg gekrönt gewesen. Ein kommunaler Betrieb muß nicht nur besser, sondern auch billiger arbeiten, als ein privater, wenn er auf nennenswerte Aufträge rechnen will. Trotzdem kann das Unternehmen heute bereits die Konkurrenz mit erstklassigen Privatbetrieben aufnehmen. Um nun aber die Betriebskosten nicht ins Unerträgliche zu steigern, das Leben dieses mit vieler Mühe geschaffenen sozialen Betriebes selbst in Gefahr zu bringen, beschloß die Geschäftsleitung in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat — letzterer setzt sich aus Vertretern der ehemaligen Stadtverordnetenversammlung zusammen — eine Einschränkung des Betriebes vorzunehmen und einen bestimmten Prozentsatz Arbeiter zu entlassen. Dieser Beschluß wurde schweren Herzens gefaßt, weil niemand es ohne weiteres mit seinem Gewissen vereinbaren kann, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern.

Die hierauf von der Geschäftsleitung getroffenen Anordnungen wurden von der Belegschaft nicht befolgt, weil nach deren Auffassung noch die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes im bisherigen Umfang gegeben sei. Von der Geschäftsleitung wird letzteres bestritten und betont, daß eine Weiterbeschäftigung der Arbeiter in voller Zahl mit so erheblichen Unkosten verbunden wäre, daß die Gesellschaft ruiniert würde. Damit wäre der Gedanke der kommunalen Regie nicht allein für Groß-Berlin, sondern für ganz Deutschland aufs schmerzliche geschädigt. Momentan schwebt diese Angelegenheit beim Schlichtungsausschuß.

Wir haben in Kürze die Situation dargelegt, um die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit auf den Ernst dieses Falles aufmerksam zu machen.

Es wäre an sich ein Armutszeugnis Groß-Berlins, wenn es nicht einmal so viel Aufträge haben sollte, um dieses soziale Unternehmen am Leben zu erhalten. Andererseits erwarten wir aber auch von der Arbeiterkraft, daß sie durch ein verteiltes Verhalten nicht dazu beiträgt, das Leben des sozialen Unternehmens zum größten Schaden der gesamten Arbeiterbewegung in Frage zu stellen.

An dieser Schöpfung ist nicht allein die in ihr beschäftigte Arbeiterkraft, sondern die gesamte sozialistische Arbeiterklasse interessiert.

Notstandsarbeiten im Straßenreinigungsbetrieb.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sind auch im Straßenreinigungsbetrieb Notstandsarbeiten ausgenommen, für die der De-mobilisierungskommissar Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde in Aussicht gestellt hat. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits für 15 elektrische Vorspannungen mit dreifach elektrischen Batterien und deren Einbau in fünfzehn hierfür umzubauende Sprengwagen 1320 000 Mark bewilligt. Nunmehr sollen folgende Arbeiten vergeben werden: Schaffung von Unterflurstrassen für elektrische Wagen, Ein-

richtung vier großer elektrischer Stationen und einer kleinen Station, bauliche Einrichtungen für Unterbringung dieser elektrischen Wagen, Unterflurstrassen und Wohlfahrts-einrichtungen hygienischer Art. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage auf Bewilligung von 1 639 500 Mark zugehen lassen.

An unsere Abonnenten! Unsere gestrige Abendausgabe konnte wegen verspäteter Herstellung zu einem großen Teile den Abonnenten nicht zugeführt werden. Die Ursachen der Verspätung lagen in Differenzen des technischen Personals unserer Druckerei mit deren Leitung. Unsere Abonnenten erhalten die gestrige Abendausgabe, soweit sie nicht zugeführt wurde, mit dieser Nummer. Verlag des „Vorwärts“.

Großfeuer durch Munitionsexplosion.

Wegen eines durch eine Munitionsexplosion verursachten Großfeuers wurde am Freitagmittag um 12 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Alten Jakobstr. 106, gegenüber dem städtischen Waisenhaus alarmiert. Der Brand kam im rechten Seitenflügel aus noch unbekannter Ursache in dem im ersten Geschoss befindlichen Lagerraum aus, wo Vorräte an Munition und Handfeuerwaffen, besonders Revolverpatronen, lagerten. Ueber dem massiven, ganz neuen Lagerraum befindet sich ein Lagerraum der Reichsdruckerei, in dem

Millionenwerte an Reichsstoffen.

aufbewahrt werden. Feuerwehrmann Nichtenfels, der sich auf einem Revisionsgang zum Prüfen der Feuermelder befand, bemerkte die Gefahr und meldete sofort: „Mittelfeuer“. Branddirektor Reichel war unverzüglich zur Stelle und mit ihm etwa 30 Fahrzeuge. Vom Hofe aus, der mit Glascherben bedeckt war, sowie über die Treppen wurde energisch vorgegangen, obwohl noch immer Explosionen erfolgten. Auf dem Hofe war fast keine Scheibe ganz. Zum Glück hat der Brand kein Opfer an Menschenleben gefordert. Dank der massiven Bauart des Gebäudes haben sich alle Personen — etwa 30 — ohne Ausnahme in Sicherheit bringen können. Nur einige sind leicht verletzt, aber haben durch die Einwirkungen des Schreckens gelitten. Der gesamte Verkehr durch die Alte Jakobstraße mußte von der Oranien- bis zur Kommandantenstraße eingestellt werden.

Weitere Kohlenfreigaben.

Vom 15. Januar ab werden für das Gebiet des früheren Kohlenverbandes Groß-Berlin zur Belieferung neu freigegeben: Auf „Kohlenbezugschein für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen“ für Geschäftsräume der Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden, der Berufsvereinigungen und Krankenkassen sowie der Räume von gemeinnützigen Speiseanstalten und Hospizen, weitere 10 Proz., insgesamt also 60 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Menge; für öffentliche und private Schulen weitere 20 Proz., insgesamt also 80 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Menge; für Krankenhäuser, Unfallstationen usw. weitere 20 Proz., insgesamt also 80 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Menge. Für Kirchen, Kapellen und Synagogen erfolgt keine neue Freigabe, für alle übrigen Verbraucher weitere 10 Proz., insgesamt also 60 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Menge.

Auf „Kohlenbezugschein für Dienstbrand“ (große Bezugschein) für die im § 59 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 6. März 1919 genannten Verbraucher weitere 20 Proz., insgesamt also 60 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Menge. Für Kirchen, Kapellen und Synagogen erfolgt keine neue Freigabe.

Kircheneinbrecher an der Arbeit.

Petrikirche und Kloster Chorin bestohlen.

Die Kircheneinbrecher sind wieder in reger Tätigkeit. In Berlin drangen sie in der gestrigen Nacht in die Petrikirche an der Gertraudenstraße und in die Kirche der evangelisch-lutherischen Gemeinde in der Usedomstr. 18 ein. An beiden Stellen stahlen sie Kirchengüter, Altarbeden usw., mit denen sie unerkannt entkamen. Auch die Kapelle des vielbesuchten Klosters Chorin wurde von Kirchenräubern heimgesucht. Diese bohrten dort mit einem starken Zentrumsbohrer ein schmales Loch in eine Türfüllung, durch die ein langer Mensch in die Kapelle

einstieg und dort alles zusammenraffte, was er finden konnte. Die Beute steckte er dann zwei Männern, die draußen standen, zu. Während sie dabei waren, die Geräte, Beden usw. auf dem Klosterhof zu verpacken, wurden sie von einem Landjäger überrascht und ließen den größten Teil der Beute im Stich. Die Kirchenräuber entkamen mit einem kleinen Teil der Beute, Abendmahlstische usw. Unterdessen hatte auch der junge Burche die Kapelle wieder verlassen und war davongelaufen. Erst später entdeckte man die Öffnung.

In der Kirche zu Karow bei Potsdam stahlen Einbrecher Altarleuchter, Taufbecken usw.

Glück muß der Spieler haben.

Die eigenartige Rechtsprechung des Reichsgerichts in bezug auf gewerbsmäßiges Glücksspiel und Kollektivdelikte hat den Fabrikanten Saarmann vor schwerer Bestrafung gerettet. Er war von dem Schöffengericht Schöneberg auf Grund des neuen Spielgesetzes zu 2 Jahren Gefängnis, 50000 M. Geldstrafe und Ehrverlust verurteilt, auch sofort in Haft genommen worden. Gegen die Verhaftung wurde vom Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I bei der Strafkammer Beschwerde eingelegt mit der Begründung, daß der Angeklagte kurz vorher vom Schöffengericht Charlottenburg mit 400 M. Geldstrafe wegen Glücksspiel auf der Rennbahn bestraft worden sei und mithin, da das gewerbsmäßige Glücksspiel ein Kollektivdelikt ist, alle vor diesem Urteil liegenden Glücksspielergebnisse mit abgeurteilt seien. Die 4. Strafkammer des Landgerichts II sah sich nicht in der Lage, von der ständigen Rechts-theorie des Reichsgerichts über das gewerbsmäßige Glücksspiel abzugehen. Unter Einstellung des Verfahrens und Aufhebung des Haftbefehls wurde die sofortige Entlassung des Verurteilten aus der Haft angeordnet.

Verurteilung eines Käsehebers.

Zu insgesamt 186000 M. Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis wurde der Kaufmann Otto Wilde aus Eichwalde von der 3. Strafkammer des Landgerichts II verurteilt.

Die auf Schleichhandel, Höchstpreisüberschreitung usw. lautende Anklage hatte gestern zuerst das Bürgerlindergericht des Landgerichts I beschloffen. Da es der Angeklagte aber vorzog, den Schöpschlag seiner Tätigkeit nach Danzig zu verlegen, mußte die Sache an das ordentliche Gericht abgegeben werden. Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte Wilde, der Inhaber einer Käsegroßhandlung ist, überall auf dem Lande Käse unter Ueberschreitung der Höchstpreise aufgefauft. Welchen Umfang dieses Geschäfts gehabt haben mußte, ging daraus hervor, daß zuletzt 107 Zentner beschlagnahmt werden konnten. — Staatsanwaltschaftsrat Genz wies in seinem Wädner darauf hin, daß im Publikum und unter Geschäftsleuten die irrtümliche Meinung verbreitet sei, daß der Handel mit Käse frei sei, wie zum Teil aus den geforderten exorbitant hohen Preisen hervorgehe. Tatsächlich bestünde aber eine Höchstpreisverordnung vom November 1920.

Mit Rücksicht auf den großen Umfang der Geschäfte des Angeklagten beantragte der Anklagevertreter 3 Monate Gefängnis, 100 000 M. Geldstrafe, Einziehung des Ueberpreises von 113 000 M. und der 23 000 M. Erlös aus dem beschlagnahmten Käse. Das Gericht erkannte auf 1 Monat Gefängnis, 50000 M. Geldstrafe und Einziehung der 113 000 bzw. 23 000 M.

Dezemberfrequenz im Obdach.

Die Belegung des nächtlichen Obdachs ist im Monat Dezember erheblich gestiegen. Es befanden sich im Obdach im ganzen Dezember 62618 männliche und 3953 weibliche Personen, zusammen 66571. Der Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, daß im Dezember 1919 nur 17 916 Männer und 798 Frauen, zusammen 18 714 Personen im nächtlichen Obdach Unterkunft suchten. Die Belegung ist also gegen das Vorjahr mehr als um das Dreifache gestiegen. Die höchste Besuchsziffer war der 21. Dezember mit 2336 Personen.

Die Selbsthilfe des Hauswirts.

In Nr. 13 haben wir mit dieser Ueberschrift die Mitteilung gebracht, daß in Neu-Budow auf dem Grundstück Budower Straße 12 der Eigentümer Fischer gegen einen zur Räumung verurteilten Mieter Heinze, dessen Umzug auf sich warten ließ, mit Zwangsraumung unter Beistand einiger von ihm selber mitgebrachten handfesten Leuten vorging. Dierzu schickte uns Herr Fischer eine Erwiderung. Er macht nicht den leisesten Versuch,

Schweres Blut.

Roman von Juhanl Nho.

12) „Wo hast du denn die Neze gehabt?“ „Nun, dort am Rand der Wiesenbüsch.“ „Da wars ja auch damals, weißt du noch?“ „Freilich weiß ich das, weißt du noch?“ „Wieviele Vottide habe ich doch damals, im ersten Sommer, eingefalzen?“

„Da hast du ja wohl, da hast du ja wohl... zum erstenmal eingefalzen... wie—wieviel mochtest wohl sein?“ Sie erinnerte sich der Zeit, sie wollte sich ihrer erinnern... sie hat es gesagt, um nur davon zu sprechen! Schemmeiffa stand an den Baum gelehnt, beobachtete Marjas Bewegungen und löschelte vor sich hin und pfiff leise... Du betrügst mich nicht.

„Dort drüben auf der Landzunge ist ein Feuer angezündet!“ rief Kaifa, vom Hof herbeieilend. „Da ist jemand auf der anderen Seite des Sees, der übergelegt werden will... sollte das die Mutter sein?“ „Die Schwiegermutter? — Von der ist das Feuer. Die steht immer eins an, so groß wie ein Johannisfeuer.“ Da war es um Judas Freude geschehen. Marjas Antlitz war erstarrt, und ihr Mund war zu einem herben Bogen verzerrt.

„Mag sie warten, ich habe jetzt keine Zeit,“ sagte Juha wie gleichgültig.

„Am besten holst du sie sofort, geholt werden muß sie ja doch... sonst macht sie vielleicht mir Vorwürfe.“

„Was sie nur.“ „Etwas später ging er aber doch, nachdem er zuerst am Strand ein Feuer angezündet hatte, zum Zeichen, daß die Aufforderung verstanden worden war.“

Marja bewegte sich mit den Beinen bestig hin und her, als sei sie böse auf sie, rief die Fische los, wobei Lächer in das Gorn kamen...

„Ist die Schwiegermutter der Schwiegermutter kein angenehmer Gast?“ sagte Schemmeiffa, immer noch an den Baum gelehnt.

„Das einzig Richtige wäre, ich ließe das ganze Geschäft dahinfahren. Kaum kommt sie vom Strand herauf, fängt

sie schon an und hört nicht auf, bis sie sich heiser geschimpft hat, und selbst dann zetert sie noch weiter.“

„Worüber schimpft sie denn?“

„Ich soll den Besten aus ihrer Sippe weggeschmippt haben... er wäre zu gut für mich gewesen.“

„Du gut für dich? Wer?“

„Juha.“

Schemmeiffa brach dort hinter seinem Baum in ein kurzes, spöttisches Lachen aus, und Marja ließ ihn lachen.

Marja hat die Fische losgemacht und die Neze zum Trocknen ausgehängt, hat die Neze an das Ufer der Schelle, jenseits des Gebüschs, geschickt, um die dort in der Weiche liegenden Fischblütten zu holen, und sie selbst sitzt neben der Reghülle auf einem Stein und nimmt Fische aus.

Schuppt sie, schneidet sie auf, spült sie und wirft sie in einen Spanforb. Nachdem sie einen ausgenommen, greift sie nach einem anderen, arbeitet wie im Jarn... Was soll ich noch hier? Mögen sie ihr Haus allein bestellen, Mutter und Sohn!

Wäre Juha ein Mann, dann schäffte er mir den Quägeiß vom Gasse. Da er weiß, daß sie mir in der Nacht keine Ruhe, am Tag keinen Frieden läßt. Aber nein, obwohl ich ihn darum gebeten habe. Jeden Sommer läßt er sie herkommen. Fürchtet sich vor dem Drachen, wagt ihr kein Wort zu erwidern.

„Ertrag sie, ertrag sie noch einige Zeit.“ Aber muß ich es ertragen, daß sie auch meine Mutter immer schmäht? ... einmal werde ich ihr so die Krallen zeigen, daß...

Schemmeiffa machte sich vor dem Hause zu schaffen. Er schien seinen Ranzen zu packen... Der will auch schon gehen... Ob er wohl nur „Lebewohl“ sagen wird, der Windbeutel, der Spötter. Konnte daheim bleiben mit seinen Klauen.

Marja nimmt die Fische aus, ohne den Kopf zu lüften, mit dem Tuch im Gesicht, aber sie hört, wie jemand näher kommt. Schritt für Schritt. Jetzt ist er gerade hinter ihr, jetzt schleicht er vor sie und setzt sich auf den Stein ihr gegenüber. Sie sieht keine Fische bis zu den Anien und zwischen den Anien die Hände, feine, bewegliche Hände; und sieht ihre eigenen aufgesprungenen Finger und die knirschend abspringenden Schuppen.

„Wollen wir nun gehen?“ fragt Schemmeiffa.

„Wohin?“

„Nach Karelien, wie's verabredet ist.“

„Weshalb redest du denn wieder davon?“

„Deswegen, weil du mir gehörst.“

„Deswegen sollte ich dir mehr gehören als anderen?“

„Deswegen, weil ich es will.“

Er hatte sich fast über Marja gebückt.

„Deswegen, weil du es willst?“ sagt Marja, immer noch aus ihrem Luch heraus.

„Und deswegen, weil du selbst es auch willst. Kreisch nicht!“ — Er ergreift Marjas Hand, drückt sie so, daß das Messer auf das Fischbrett fällt.

„Nicht, Schemmeiffa — lasse mich —“

„Kommst du mit?“

Marja versucht sich loszumachen, aber es gelingt ihr nicht. Erst als sie aufhört zu zerrn, gibt Schemmeiffa nach. Marja ist aufgestanden, sinkt aber zurück, wie wenn ihr der Kopf schwindelte.

„Ich gehöre ja dem anderen,“ sagt sie fast flüsternd, in den Augen einen hilflosen, erschrockenen, wie um Erbarmen flehenden Ausdruck.

„Welchem anderen?“

„Juha.“

„Du gehörst ihm nicht mehr als der Vogel, den er gefangen und in seinen Käfig gebückt hat. Wenn jemand die Tür öffnet, darfst du fliegen, wohin dich verlangt. Du gehörst ihm nicht mehr als das Renntier, das sich von der Lundra in das Gehege eines fremden Herrn verirrt hat.“

„Wer ist denn mein richtiger Herr?“

„Ich.“

„Weshalb bist du ein richtigerer als Juha?“

„Deshalb, weil es dich zu mir drängt und nicht zu ihm. Deshalb, weil du von da bist, woher ich bin. Und deshalb, weil ich nicht um Erlaubnis frage, sondern nehme, ohne zu fragen, und weil ich dich, wenn du nicht gutwillig kommst, mit Gewalt davonführe.“

Schemmeiffa steht hinter ihr, spricht ihr ins Ohr, Marja ist schon, die Augen geschlossen, rücklings in seinen Armen. „Deshalb, weil du mich herbeigewünscht und erwartet, weil du am Tage nach mir ausgeschaut und in der Nacht dich nach mir gesehnt, die langen Dämmerstunden bis zum Dunkel auf meine Tritte gelauscht hast!“

„Woher weißt du das?“

Marja fährt herum und greift mit beiden Händen nach seinem Arm.

(Fortf. folgt.)

Im Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung äußerten sich die geladenen Sachverständigen über das Verhältnis zwischen Tierhaltung und vegetabilischen Nahrungsmitteln sowie die Möglichkeit einer Beeinflussung beider zugunsten unserer Ernährungswirtschaft etwa folgendermaßen:

Die Haltung von Rindern und Schafen hat das Maß dessen, was wir mit eigenen Futtermitteln ziehen können, nach nicht überschritten. Bei einer verbesserten Viehwirtschaft (Drainage, Grassamenzucht) wäre auch noch eine Steigerung möglich, die bei der großen Düngkraft des Viehmistes unsere Düngemittelwirtschaft ganz wesentlich unterstützen würde. Aus diesem Grunde ist auch eine Einschränkung der Rindviehhaltung nicht tunlich. Die Schweinehaltung dagegen hat bereits wieder einen Stand erreicht, wie zu der Vorkriegszeit, wo wir jährlich allein drei Millionen Tonnen russische Gerste und eine Million Tonnen Mais einführen konnten, die in der Hauptsache für die Schweinemast verwertet wurden. Wir sind heute ganz außerstande, solche Mengen einzuführen; der ausländische Futtermittelpreis liegt über dem inländischen Brotgetreidepreis, was dazu führt, das Brotgetreide verfüttert wird, zudem mit dem Fleisch heute ein gutes Geschäft zu machen ist, mit dem Brotgetreide aber nicht. Das aber ist durchaus unzulässig, da wir an Fleisch mehr als den Bedarf haben und eine Einschränkung möglich ist, während wir an Brot wirklich Mangel leiden.

Ueber die Art der Getreideerfassung gingen die Ansichten auseinander. Während Herr v. Sotoczi für völlige freie Wirtschaft bei einem Getreideeinfuhrmonopol der Regierung eintrat, sprach sich Kommerzienrat Kaddeth für ein Umsatzverfahren aus, das Groß- und Kleinbetriebe nach gleichmäßigem Prozentsatz außerlegt wird.

In der Nachmittags Sitzung fand dann eine Aussprache unter den Mitgliedern des Ausschusses statt, in der von den Sachverständigen des Hauses weitere Anregungen zur Lösung der Frage gegeben wurden. Bedacht aufgenommen wurde von Angehörigen aller Abteilungen der Vorfrage eines gestaffelten Brotpreises für Bemittelte und Unbemittelte, obgleich natürlich darauf hingewiesen wurde, daß als bemittelt vermutlich nur etwa 8 Proz. der Bevölkerung anzusehen wären. Staatssekretär a. D. Dr. August Müller meinte, daß jede Regelung wirtschaftlicher Dinge eine geordnete Staatsverwaltung voraussetze. Heute habe gerade bei wirtschaftlichen Eingriffen die Bevölkerung gar nicht mehr den guten Willen, die Gesetze zu erfüllen. Dem Staat fehle zur Erzwingung die Macht. Damit müsse man rechnen, obgleich das deutsche Volk sicherlich im Kern zu ordnungsliebend sei, um diese Zustände auf die Dauer einreisen zu lassen.

Der Widerstand gegen den Preisabbau.

Obwohl gerade die Preisregulierung in der Eisen- und Stahlindustrie entscheidend für die Preisbildung fast aller übrigen Waren ist, wehrt man sich in diesem Gewerbezweig entschieden gegen den Preisabbau. Die Preisherabsetzungen, die bisher durch den Eisenwirtschaftsbund erfolgt sind, kamen bekanntlich in der Hauptsache unter dem Druck der Arbeiter und Verbraucher zustande. Jetzt erhebt sich von interessierter Seite ein starker Widerstand gegen die Absicht des Reichswirtschaftsministeriums, den Eisenwirtschaftsbund durch Erhöhung der Verkaufspreise vor den übermäßigen Preisforderungen der schwerindustriellen Unternehmer zu schützen. Wie sehr dieser aber die bisherige gegen den Willen der Arbeitgeber geführte Preispolitik des Eisenwirtschaftsbundes für den Beschäftigungsgrad der Industrie gewesen ist, zeigt eine Mitteilung, die offenbar von interessierter Seite der einer Reihe schwerindustrieller Zeitungen zugegangen ist. Wir entnehmen ihr folgende Sätze:

Als die neuen Preise, die eine neue erhebliche Ermäßigung gegen die früheren Sätze brachten, am 1. November vorigen Jahres festgesetzt worden sind, trat eine härtere Nachfrage ein, der Handel wie der direkte Verbrauch deckten sich reichlich ein und den Werken wurde dadurch Arbeit reichlich zuteil. 3 bis 5 Monate auch in solchen Produkten gebracht, welche seit Monaten sehr schwach lagen. Jetzt ist die Nachfrage wieder wesentlich ruhiger, auch im Export, wo das Geschäft immer schwächer wird. Unterbietungen in Form von Nachlässen auf die Preise des Eisenwirtschaftsbundes sind vielfach an der Tagesordnung.

Natürlich wendet sich der interessierte Eisenhersteller trotz der Unterbietungen gegen die Zumutung, daß die Preise noch weiter herabgesetzt werden sollen.

Die Regelung des Holzeinschlags. Nachdem die zwangsweise Regelung des Holzeinschlags von den Unterausschüssen im Reichswirtschaftsrat abgelehnt worden war, wurde vom Reichsrat ein Vorschlag der Länder angenommen, die sich verpflichten haben, bis Ende September 1921 6 Millionen Festmeter Grubenholz und 2 Millionen Festmeter langes Schwellenholz einzuschlagen. Diese werden auf die einzelnen Länder verteilt.

Die Kohlentransporte aus dem Ruhrrevier, die infolge der Verkehrsstörungen im vorigen Monat Störungen ausgelegt waren, verliefen in der vorigen Woche infolge vorübergehender besserer Waggelstellung und besserer Wasserverhältnisse etwas günstiger. Die Lagerbestände liegen gleichwohl noch um 20 000 auf 903 475 Tonnen Kohle, Rots und Breits.

Der Reichsbankausweis vom 1. Januar weist eine starke Entlastung der Anlagekonten auf. Auch der Rotenlauf verminderte sich erheblich. An Banknoten floßen 828,6 an Darlehnsanstalten 196,7 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurück, so daß noch für 79,8 Milliarden Mark papierene Zahlungsmittel gegen rund 80,8 Milliarden der Barmasse im Umlauf sind.

Der Stand der Mark. Der letzte Rückschlag der Mark, den wir in unserer gestrigen Valutauübersicht verzeichneten, ist wieder einer Besserung gewichen. 1 Dollar, der vorgestern 69,68 M. kostete, war gestern für 67,80 M. erhältlich, 100 holl. Gulden bezahlte man mit 2255,20 gegen vorgestern 2284,70 M.

Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin überließ, zunächst provisorisch, ihr Elektrizitätswerk Bitterfeld dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle.

Kanzahlungen auf Umfahsteuer. RRM. meldet: Anzahlungen auf noch nicht fällig gewordene Umfahsteuer werden vom Tage der Einschuldung beim Umfahsteueramt ab bis zum Ablauf des dritten Monats des Steuerabschnittes, somit erstmalig bis 31. März 1921, vom Reich mit 5 v. H. verzinst. Die Zinsvergütung ist darüber hinaus auf 6 v. H. festgesetzt worden für Anzahlungen, die bis zum 31. Januar geleistet werden. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, von dieser weitgehenden Vergünstigung Gebrauch zu machen. Die Verordnung des Reichsministers der Finanzen wird in Heft 2 des Reichssteuerblattes 1921 veröffentlicht. — Es handelt sich hier um die allgemeine Umfahsteuer, die nach dem neuen Umfahsteuergesetz erst nach Jahresfrist verlangt und noch später fällig wird. Da nun das Reich demüht ist, die geschuldeten Beträge recht bald herbeizukommen, verzinst es das Geld, das der Steuerzahler ihr schuldete. Dieser Zustand ist deshalb doppelt unerträglich, weil a. B. der Warenhändler die Beträge längst auf seine Preise aufgeschlagen hat und im Besitze der Summe ist, während das Reich, das sie benötigt, noch Prämien auf die Zahlung ansetzen muß.

Herabsetzung der Eisenpreise in England. In Sheffield ist wegen der großen Anhäufung von Brennstoffen eine starke Herabsetzung der Eisen- und Stahlpreise eingetreten.

Soziales.

Die Angestellten der Kriegsorganisationen.

Eine Zuskunft des Betriebsangestelltenrats der Reichswehr für Gemüse und Obst macht uns auf die bedrängte Lage der 20-30 000 Angestellten aufmerksam, die entlassen sind oder vor der Entlassung stehen. In der Zuskunft heißt es:

„Es handelt sich fast ausnahmslos um Angestellte, deren wirtschaftliche Verhältnisse ganz jämmerlich sind, meist um Kriegsteilnehmer, häufig sogar um Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die sogenannte Abbaugelage von einem Monatsbezug, d. h. bei einer mittleren weiblichen Angestellten von circa 800 M., dürfte kaum geeignet sein, diesen Angestellten eine Entschädigung dafür zu bieten, daß sie sich jahrelang meist gegenwärtigen einer Reichsorganisation zur Verfügung halten mußten. Denn man sollte doch nicht vergessen, daß durch die künstlich gesteigerte Rationierung gegenüber den Reichsorganisationen es die Angestellten dieser Stellen sehr schwer haben, in anderen Betrieben unterzukommen, da man ihnen stets die Sünden des Systems zum Vorwurf macht. Wie oft schon sind ehemalige Angestellte zu uns gekommen und haben uns mitgeteilt, daß ihre Einstellung bei dieser oder jener Firma, bei der sie sich betätigen wollten, mit der Begründung abgelehnt wurde: „Angestellte aus Kriegsorganisationen sind beschäftigt wir nicht.“

Der Wunsch der Angestellten geht dahin, daß die Öffentlichkeit, besonders Betriebsräte und Gewerkschaften, dieser gefährlichen Vorfälle entgegenwirke und daß ihnen eine angemessene Abfindung zuteil werde.

Die Arbeitslosigkeit.

Die WBS. aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet wird, ist die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dezember 1920 erneut und zwar nicht unerheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich 335 307 gegen 320 988 am 1. Dezember, die Zahl der unterstützten Familienangehörigen 380 884 gegen 352 232. Ist auch bei diesen Ziffern der Einfluß der Jahreszeit nicht zu verkennen, so würden doch in erster Linie der verschärfte Kostenmangel und die noch immer bestehenden Absatzschwierigkeiten für die Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen sein. Wenn man dazu berücksichtigt, daß während des Jahres 1920 über 2000 Anträge auf Förderung aus Mangel der produktiven Erwerbslosenfürsorge endgültig genehmigt worden sind, wodurch rund 55 000 Erwerbslose Beschäftigung gefunden haben, so kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie es in Deutschland aussehen würde, wenn nicht ständig Reich, Länder und Gemeinden mit ungeheuren Opfern zur Behebung der Arbeitslosigkeit eingriffen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Vortragsabend des Herrn Prof. Dr. A. Hoffer: Die Entwicklung der Sozialen Bewegung. Gäste willkommen. — Männer, Frauen- und Kinderkassen. S. a. S. Illustrierte Berlin: Mitgliederversammlung Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 Uhr, bei Kayser, Reichensberger Str. 134.

Aus aller Welt.

Landfriedensbruch. Aus Götting wird der „Frankf. Jg.“ gemeldet: In der Kassenanlage wegen Landfriedensbruchs wurden 24 Angeklagte, die sich im April 1919 in Hadersdorf bei den Lebensmittellieferanten zusammengetroffen und den dortigen Landrat Dr. Hagenfeldt mißhandelt hatten, zu zwei bis neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Auflösung eines schweren Verbrechens. Der Bochumer Polizei ist es gelungen, den am 1. Juli 1920 im Hertener Walde an der Lehrerin Schumann aus Eidel verübten Mord aufzuklären. Als der Tat dringend verdächtig ist der auf der Heide „Ewald“ arbeitende Bergmann Dörsch an Herten verhaftet worden, der am Silvesterabend einen ganz ähnlichen Mordfall in einem Waldchen auf eine Frau ausführte. Bei einer Hausdurchsuchung fand man im Schilde Dörsch eine goldene Armbanduhr, die man feinerzeit bei der Leiche der Lehrerin Schumann vermisst hatte.

Kirchenraub. In Altendorf (Westfalen) drangen drei Strolche mit schwarzen Masken in das katholische Pfarrhaus ein und raubten, indem sie den Pfarrer mit vorgehaltenem Revolver bedrohten, eine Monstranz, einen Weinkelch, 2000 M. bares Geld und 19 Flaschen Wein. Vor Auslösung des Mordfalls hatten die Räuber die Fernleitung durchgeschnitten, um eine Veranfrachtung der Polizei unmöglich zu machen.

Raubmord. Seit Ende Dezember wurde in Oberzell im Kreise Schlachten der 65-jährige Tischler Jahn vermisst. Am letzten Montag wurde seine Leiche aus einer tiefen Stelle eines kleinen Nebenflusses der Rinne mit einem schweren Stein am Hals gebunden gefischt. Die Leiche, die nur mit einer Hose bekleidet war, wies mehrere von äußeren Einwirkungen herrührende Kopfverletzungen auf. Auch fehlte eine größere Geldsumme, die der Vermisste bei sich führte. Unter dem Verdacht des Raubmordes wurden der 23-jährige Sohn des Ermordeten und ein Arbeiter aus Weidenbach in Untersuchungshaft genommen.

Amerikanische Milchläse für Saarbrücken. Das amerikanische Hilfskomitee überwiegt der Stadt Saarbrücken zur besseren Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung 38 Milchläse.

Der Kampf mit dem Wäcker. In Wien wurde im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Preistreiber in den letzten Tagen bisher gegen 1000 Kaufleute ein Strafverfahren eingeleitet. Infolgedessen wird nunmehr die Vorkaufs der Preiskontrollen in den Schaufenstern im allgemeinen eingehalten. Vereinzelt Geschäftsläden beginnen auch mit ihren Preisen herunterzugehen.

Polen plündern deutsche Auswanderer. Als Mittwoch früh der deutsche Auswandererzug abgefahren werden sollte, fanden sich auf dem Bromberger Bahnhof fröhliche Leute ein, um die Reisenden regelrecht auszuplündern. Es wurden Briefchen, Handtaschen, Lächer, Geld und auch Personal- und Auswandererpapiere gestohlen. Es war ein Jammer, die Bergeweltung der armen Auswanderer mit ansehen zu müssen.

Unruhen in Argentinien. Nach Berichten der argentinischen Presse sind in Argentinien Unruhen gefährlichen Charakters ausgebrochen. Bewaffnete Vandalen überfallen die Kassen und greifen selbst kleinere Militärposten an. Zum Schutze der Wachen von Santa Cruz hat die Regierung militärische Verstärkungen entsandt. Der belgische Konsul verlangte vom Minister des Innern Maßnahmen zum Schutze der Ausländer. Ein englisches Kriegsschiff ist nach Santa Cruz abgefahren, um die dort wohnenden Engländer zu schützen. Der Grund der Unruhen wird in anarchistischen Umtrieben und in der Krise der Baumwollindustrie gesucht.

eine der von uns mitgeteilten Tatsachen zu befreien (auch nicht die Ausschüttung der Flutur und der Flimmertüren), wehrt sich aber gegen die Bezeichnung seiner Handlungswiese als Selbsthilfe. Herr Helge wird von ihm, um zu zeigen, was für ein schlechter Mensch das sei, gehörig abgemalt, und schließlich liegt auch noch der kommissarische Gemeindevorsteher Budows ein paar Diebe ab. Herr Fischer läßt gut daran, und nicht zu nochmaliger Störung seiner Angelegenheit zu veranlassen.

Die Erhebung der Befähigung, der Kriegsteuer 1918, der Kriegsabgabe 1918 und 1919 und vom Vermögenszuwachs und des Wehrbeitrags geht in Groß-Berlin am 18. Januar auf die Finanzkassen über, die auch die Einziehung der Kapitalertragssteuer und des Reichsmotors bereits am 3. Januar er. übernommen haben. Vom 19. Januar er. werden deshalb Einzahlungen auf die Steuerarten von den Steuerkassen der Gemeinden Groß-Berlins nicht mehr angenommen. Diefen verbleibt an Reichsteuern nur die Reichseinkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Zuwachsteuer und Grunderwerbssteuer.

Die Finanzkassen führen den Namen des Finanzamts, zu dem sie gehören und sind zumeist in den Räumen ihres Finanzamts untergebracht.

Die Waffensuche in Groß-Berlin nahm gestern ihren weiteren Fortgang. Gegen 10 Uhr vormittags wurde in Beichensee die Gegend zwischen Berliner Allee, Linden-, Straßburg- und Wörth-Straße durch Schutzpolizei abgesperrt und die Durchsuchung der einzelnen Häuser von zugeordneten Kriminalbeamten ausgeführt.

Eine Schreckensszene durch durchgehende Pferde veranlaßt, spielte sich gestern in der Dresdener Straße ab. Von dem Hofe des Grundstücks Nr. 97 ritten plötzlich zwei Pferde des Fuhrherrn Ernst Kitz auf die Straße hinaus und in das Schaufenster des gegenüberliegenden Buttergeschäfts von Bed hinein, wobei die Scheibe in tausend Stücke zerbrach. Dann jagten sie weiter und überan den sechs-jährigen Elisabeth Huber aus der Alexanderstr. 78, die sofort tot liegen blieb. Schließlich attackierten sie den Laden an der Ecke der Dresdener und Alexander-Straße und zertrümmerten ebenfalls ein Schaufenster. Jetzt erst gelang es, die Tiere zum Stehen zu bringen.

Schreibmaschinendiebstahl im Reichswirtschaftsministerium. Aufreißend am 193/194, die sich dort seit dreiviertel Jahren fortwährend wiederholten, haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Im Laufe dieser Zeit sind aus den Diensträumen viele wertvolle Maschinen gestohlen worden. Trotz sorgfältigster Beobachtung gelang es nicht, den Dieb zu fassen, so daß unter den dort beschäftigten Personen starkes Mißtrauen wach wurde. Der Dieb wurde nun ermittelt, wie er vom Balkon eines Dienstimmers, das an der Front nach der Schwach belebten Bismarck-Straße zu gelegen ist, eine Schreibmaschine an einem Strick herunterlassen wollte. Es war dies der dort beschäftigte Kanzleibeamte M., der sich auf diese Weise leichtes Verdienst verschaffen wollte. Der Dieb hat bisher erst die beiden letzten Diebstähle eingestanden.

„Sparplane“ Wirtschaft. In allen Verwaltungen, nicht zuletzt in denen der Gemeinden, soll jetzt gespart werden. Ja, wenn es nur immer an der rechten Stelle geschehe! Man staunt darüber, wo manchmal das Geld bleibt. In Wilmersdorf hat der Magistrat über 10 000 M. Verzugszinsen draußlegen müssen, weil Rechnungen zu spät bezahlt worden waren. Hat es der Stadt Wilmersdorf an Geld gefehlt, sofort Zahlung zu leisten? Fragen muß man auch, ob es nötig war, auf Kunsthonig und Marmelade die ganz ungewöhnlich hohe Provision von 10 Proz. zu zahlen. Die betreffende Firma hat infolgedessen Provisionsgelder von rund 40 000 M. einladen dürfen. Sehr „anständig“ ist auch eine „Vergütung“ von 30 M. pro Zentner Kartoffeln. Sie wurde in Höhe von etwa 45 000 M. für Beschaffung von Kartoffeln an einen — Obergeringenieur gezahlt.

Kauf deutsche Kerzen! Uns wird geschrieben: Obwohl das „Zoch im Westen“ durch die Maßnahmen der Regierung geschlossen ist, wird noch immer versucht, größere Mengen ausländischer Kerzen in den Handel zu bringen. Wenn diese Kerzen, wie es meist der Fall ist, in unerlaubten Ladungen und zu unkontrollierten Preisen geliefert werden, so setzt sich der Käufer Unannehmlichkeiten oder gar der Strafverfolgung aus. Es liegt also im Interesse des Käufers, sich vorher davon zu überzeugen, ob die Vorschriften über Ladung, Aufschrift und Preis eingehalten sind. Ehe man ausländische Kerzen kauft, sollte man bedenken, daß gerade jetzt in erster Linie die deutsche Industrie und der deutsche Handel gestützt werden müssen und daß insbesondere eine große Anzahl deutscher Arbeiter in der heimischen Kerzenindustrie Arbeitsmöglichkeit findet, die ihnen erhalten bleiben muß. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen müßte daher das Publikum den Grundbesitzer, nur deutsche Ware zu kaufen.

Schulmonarchistenfeiern.

Die freie Lehrer-Gewerkschaft hat für ihre Mitglieder den W. (Klub) gefahrt, sich nicht an den öffentlichen Schulfestern am 18. Januar zu beteiligen.

Milchlieferung. Am 15. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten nur 1/2 Liter Milch, die 1/4-Liter-Krankenkarten werden voll beliefert. Am 16. Januar werden die 1/2 und 1/4-Liter-Krankenkarten voll beliefert. Am 17. Januar erhalten die 1/2-Liter-Krankenkarten 1/2 Liter Milch, die 1/4-Liter-Krankenkarten werden nicht beliefert.

Die Postkarte in der Woche vom 17. bis 23. Januar trägt das Stichwort Goldammer Weg.

Die Akademie der Buchhändler in Berlin eröffnet am 1. Februar ihre Abendvorlesungen im Hörsaal der Grünwald-Rechtsanwalts-Ges., wo ihr auch deren Betriebsanweisungen zur Verfügung gestellt werden. Hörsaal und Prospekt sind durch das Präsidium der Akademie, Berlin W. 50, Rantestraße 29, erhältlich.

Wärlische Beiträge. Alt-Berlin einst und heute wird Oskar Volke am Sonntag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Pring-Albrecht-Straße 8, unter Vorführung von 110 Lichtbildern in natürlichen Farben schildern.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Sonnabend, den 15. Januar:

12. Kreis (Kempner). 7 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes und der Parteivorstandes in Mariendorf, Rathaus, Zimmer 20. Christenburger-Spenden. Sonnabend von 5-6 Uhr Juristische Sprechstunde im Sekretariat, Rosenstr. 4. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Nachmittags 5 Uhr Sitzung im Schulhaus, Zimmer 20, Klosterstraße. Dr. Krawenz spricht über: Soziologische Schichtunterschiede. Jungsozialisten. 7 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 9 (Hornschützhaus): Agitationsliteratur. Thema: „Unser Arbeiter im Wahlkampf“. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft.

Morgen, Sonntag, den 16. Januar:

M. Kreis (Reinholdstr.). 10 Uhr vormittags Kreisvorstandesitzung mit dem Stadt- und Bezirksvorstandes in Reinholdstr., Sportplatzgebäude, Hauptstr. 40. 12. Kreis (Kempner). 9 Uhr vormittags Funktionärsitzung des Reichs, Rantestraße 29. 12. Kreis (Kempner). 9 Uhr vormittags Funktionärsitzung des Reichs, Rantestraße 29. 12. Kreis (Kempner). 9 Uhr vormittags Funktionärsitzung des Reichs, Rantestraße 29.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiterjugend Groß-Berlin, Jugendsekretariat R. 46, in den Jellen 23. Sonnabend, den 15. Januar, abends 147 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstr. 8: Wärlchenfeier mit äußerst wichtiger Tagesordnung.

Sonntag, den 16. Januar, vormittags:

Gesundheits- Jugendheim, Schule Götterhauser Str. 2: Besuch des Nationaldenkmals. Treffpunkt 8 Uhr. Jugendbühnen, Einzug: Hofstra. — Festliche Vorführung: Wärlchenfeier. Treffpunkt 10 Uhr.

Der Konflikt bei Ludwig Loewe.

Unter dem Vorsitz des Stadtrats Simonsohn verhandelte am Freitag eine Kammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin über den Konflikt bei der Firma Ludwig Loewe. Die Vertreter der Parteien trugen den bekannten Sachverhalt vor und beleuchteten ihn von ihren entgegengesetzten Standpunkten. Die Vertreter der Firma erklärten, die Schließung des Betriebes sei berechtigt, denn es handle sich um einen wirtschaftlichen Kampf, der ausgebrochen sei wegen der Forderung, den Kurzarbeitern den vollen Wochenlohn zu zahlen.

Dagegenüber betonten die Arbeitervertreter, die Schließung des Betriebes sei unberechtigt, weil sie durch die Firma verfügt sei, ohne daß der Betriebsrat gehört wurde. Erst durch den Anschlag, der die Schließung bekannt gab, habe der Betriebsrat Kenntnis von der Schließung erhalten, die ihn sehr überrascht habe, weil er annehmen mußte, die Verhandlungen über die Forderungen der Kurzarbeiter würden fortgesetzt werden und zu einer Verständigung führen, wie es bei früheren Konflikten der Fall gewesen sei.

Nach mehrstündigen Verhandlungen regte der Vorsitzende einen Vergleich an. Er richtete an den Obmann des Betriebsrats, **W e h l h o f e**, die Frage, ob er, falls durch einen Schiedsspruch die Wiederaufnahme des Betriebes entschieden werde, dafür garantieren könne, daß die Kurzarbeiter an den Tagen, wo sie nicht beschäftigt werden, nicht im Betriebe erscheinen. — **W e h l h o f e** antwortete, dafür könne er nicht garantieren.

Die Vertreter der Firma stellten sich auf den Standpunkt, sie seien berechtigt gewesen, den Betrieb zu schließen und wenn sie ihn wieder eröffnen, dann seien sie nicht mehr an die Verordnung wegen der Kurzarbeiter gebunden. Sie würden dann nur noch Vollarbeiter einstellen und könnten unter diesen Umständen nur etwa 80 Prozent der Belegschaft wieder einstellen. Direktor Waltschmidt erklärte, nach den bisherigen Erfahrungen lasse sich die Firma nicht mehr auf Kurzarbeit ein. Es würde sonst immer wieder zu Konflikten wegen der Kurzarbeiter kommen. Der

kommunistische Einfluß im Betriebe sei so stark, daß er über den Betriebsrat einfach hinweggehe.

Der Vorsitzende sagte, er habe den Eindruck empfungen, daß die zufälligen Ereignisse am Freitag (Versonnlichkeit während der Arbeitszeit) von der Firma zum Anlaß genommen seien, um den Betrieb zu schließen, ohne daß eine sachliche Notwendigkeit dazu vorgelegen habe. Wenn die Firma — wie sie immer betone — sich mit den Arbeitern verständigen wolle, dann müsse sie sich doch auch mit der Kurzarbeit abfinden.

Nachdem der Schlichtungsausschuß von 10 bis 4 Uhr getagt hatte, verkündete der Vorsitzende folgende einstimmig gefaßte Entschliebung:

Der Betriebsrat hätte, wenn eine Verständigung wegen der Forderungen der Kurzarbeiter nicht erzielt werden konnte, eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses über diese Streitfrage herbeiführen müssen. Da das nicht gelungen ist, und da durch die Vorgänge im Betriebe die Ordnung schwer beeinträchtigt worden ist, konnte sich die Firma für berechtigt halten, den Betrieb zu schließen. Ohne zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen, empfiehlt der Schlichtungsausschuss der Firma, innerhalb zweier Wochen den Betrieb wieder herzustellen unter den gleichen Bedingungen, die vor der Schlichtung herrschten. Arbeiter, die sich schwerer Verstöße gegen die Ordnung des Betriebes schuldig gemacht haben, brauchen nicht wieder eingestellt werden. Ueber Einzelstreikfälle, die sich hieraus ergeben, entscheidet der Schlichtungsausschuss. Bis Dienstag haben sich die Parteien über die Annahme des Vergleichsvorschlages zu erklären.

Verammlung der Ausgesperrten.
Der Vorschlag des Schlichtungsausschusses wurde gestern abend einer Betriebsversammlung der Borescheider Arbeiter unterbreitet, die ihn mit lebhaftem Widerspruch aufnahm. Der Vorschlag wurde besonders deshalb kritisiert, weil er von den Kurzarbeitern erwartet, daß sie die Arbeit unter denselben Bedingungen wieder aufnehmen sollten, wegen deren Verbesserung der Kampf ausgebrochen war.

ist, und weiß der Passus, wonach Arbeiter, die sich großer Verstöße schuldig gemacht haben, nicht wieder eingestellt werden brauchen, eine Handhabe zur Rahregulung der Kommunisten biete. Es wurde aber nicht erwöhnt, daß ja in jedem derartigen Falle die Schlichtungsausschüsse angerufen werden kann, von dem doch nicht zu erwarten ist, daß er eine Rahregulung aus rein politischen Gründen billigen wird. — Mehrere Redner erklärten unter Zustimmung der Versammlung, sie könnten es nicht verstehen, daß die Arbeitnehmerbeisitzer im Schlichtungsausschuß (zwei) Unabhängige und ein Kommunist dem Vergleichsvorschlag zugestimmt haben. Es wurde beschlossen, diese Beisitzer in eine Betriebsversammlung zu laden, wo sie sich verantworten sollen. — Auf Antrag des Kommunisten Reumann von der entschlossenen Betriebsrätezentrale in der Münzstraße wurde die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes beauftragt, sich mit der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu setzen, um am Sonntag eine Konferenz der Objekte aus allen Industrien Groß-Berlins zu veranstalten, zu der auch die Vertreter der sozialistischen Parteien geladen werden sollen, es gelte alle Arbeiter und Angestellten aufzurufen zur Solidarität mit den Arbeitern von Loewe, Autogen, Reußlauer Roskindsarbeitern usw.

Am Montag vormittag soll sich wieder eine Betriebsversammlung im Moabit's Stadttheater mit der Angelegenheit beschäftigen.

Briefkasten der Redaktion.

[illegible]

Die Zeit ist schwer, die Not ist groß!

Wer hilft? Die Firma **Kohnen & Jöring**, bekannt als **größtes Spezialgeschäft für Volkskleidung** aller Art. **Arbeits-, Berufskleidung. Stoffe jeder Art. Unterzeuge. Wäsche. Herren- und Knaben-Konfektion. Sportkleidung usw.**

Trotz unserer bekannt billigen Preise wollen wir unserer Kundschaft noch einen außergewöhnlichen Vorteil bieten:
Vom 15.—23. Januar geben wir auf alle Artikel einen **Nachlaß von 10%.**
 auf viele Artikel **20—30%.** auf einzelne Restposten bis **50% Rabatt**
Jedermann benützt diese günstige Kaufgelegenheit!

Kohnen & Jöring Alexanderstraße 12 Rosenthaler Straße 53
Landsherner Allee 149 Neukölln, Bergstr. 81

Am 11. Januar verstarb nachlang und schwererleiden unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Pauline Walter.

In tiefem Schmerz

Adolf Walter,
Martha Walter, geb. Sechl,
Paul Walter,
Berlin, Gehlhäuser Str. 8.
Einschließung Montag, 17. 3.
12 Uhr, Krematorium, Friedrichstr.
Kranzformen überbra.

Möbelfabrik Hoffnung

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin, Krautstr. 58.
Sonnenbad, 19. Februar 1921,
nachm. 1 Uhr, im Geschäftsstol:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Bilanz.
3. Bewußt des Vorstands und
Aufsichtsrats. 1921/22

Der Vorstand.
E. Langner & Schmidt.

Gemeinnütz. Bau- u. Betriebsgenossenschaft
für Groß-Berlin. Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Einladung zur
Außerordentlichen General-Versammlung
am Sonnabend, den 12. Januar 1921. nachm. 4 Uhr, in der Aula
des Sophien-Realgymnasiums, Berlin C. 24, Steinstr. 21-24.

Tagesordnung: 187/8

1. Annahme des Aufsichtsrates. 2. Beibehaltung des Vorstandes.
3. Entscheidung über die Vortrennung der Panzerstellung Rieber-
schönweide. 4. Forderung eines Zuerstauschlusses der Ge-
nossen am Schulhaus in Riebersteinwerbe.
Einschluß erfolgt nur gegen Vorzeigung der Beibehaltungsbere-
der Eintragung der Genossen beim Amtsgericht.

Der Aufsichtsrat
der Gemeinnützigen Bau- und Betriebsgenossenschaft.
Bredowstr. 1, Berlin-Graben.

Dr. med. Hollaender,
Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung.
Blutuntersuchung.
Auskf. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50.
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4*

Heintze &
Blankertz
Fabrik Berlin

Wer arbeiten soll
bedarf einer hochwertigen Ergänzung der noch
immer knappen Lebensmittel.

Gute Schokolade
ist das altbewährte Mittel, um zu jeder Tages-
zeit den ermüdenden Körper zu stärken und ihm

jeden Rest des Hungergefühls
zu nehmen. — Das Erzeugnis der einheimischen
Schokoladen-Industrie erfüllt diese Ansprüche des
deutschen Volkes besser, als irgendein Auslands-
fabrikat es vermag. Darum kauft nur

Deutsche Schokolade
Verband deutscher Schokolade-Fabrikanten (e.V.) Dresden

Möbel-Inventurverkauf

bedeutend ermäßigte Preise

1 Schlafzimmer, Eiche.	1 Speisezimmer	1 Herrenzimmer
<ul style="list-style-type: none"> 1 Bettelb. Brand m. Spiegel 2 Bettelb. m. Seitenbth. u. 1 Stuhl, Auslagemais. 1 Wandkommode m. Kommer und Spiegel 2 Nachtschränke m. Wärm. 2 Stühle mit Rohr 1 Handtuchhalter 	<ul style="list-style-type: none"> 1 Tisch gebleicht 1 Stuhl 1 Kuchentisch 1 Waschtisch 4 Stühle, beled. 	<ul style="list-style-type: none"> 1 Tisch gebleicht 1 Stuhl 1.60 1 Diplomat 1 Kuch. Tisch 1 Schreibstisch 2 Stühle
3950	3975	5550

1 Komplette 7 teilige Küche 595 M.
 1 Schlafzimmer 180 Br. mit allem Zubehör und Anlagen 5950 M.
 Komplett

Besichtigung lohnend.

Beiser, Lothringer Strasse 67.

Wenn wir Sie
sprechen
könnten

würden wir Sie sicher
davon überzeugen, daß
Sie, durch uns bezogene
Anzüge, Paletots, Hosen-
stoffe sowie Damentuche
unbedingt Vorteile haben.

Verlangen Sie sofort Muster, welche
wir franko an jedermann versenden.
Lehmann & Aßmy, Spremberg i. L. 57

Antiquarische Tücher aus England mit alt. Einheits-

<p>Zinn u. Blei sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74. Telephon: Moritzplatz 908</p>	<p>Sämtliche Altmetalle fp. Zinn u. Weismetall kauft zu Tagespreisen Jannitz 23, Eichenberg- Dampfer Straße 12, Ede Dresdenener Straße.</p>	<p>Staubsauger ist neu, Robert Rote, Indrago Bayer 035 75, 259 St., mit Expander, elektrisch, komplett mit Schlauch 200,— Elektromechanik Seifmann J. Seifmann Berlin, Friedrichstr. 18, Wl. 470</p>
<p>Pianos Flügel bis 18. Jan. Inventurpreise, preiswert, zu Gelegenheitsk.</p>	<p>!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ein- taufpreise für Goldschm., Brillanten, Goldgegenstände, Tempel, Bilder usw. Wollf, Friedrichstr. 41 III, Ede Ruchtz</p>	<p>Metallbetten Stahlrohrrahmen, Röhren- betten. Polster an jederman. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik Suhl in Thür. 60/1</p>
<p>Pianohaus Alexanderstraße 37, eigenes Polierpraktikum</p>	<p>Handwerker, Kassenwagen, Kochschälten, Schneemaschinen, 100 Zentimeter, Waagen, Waagen, Reiniger, Wollf, Eisen-</p>	<p>Zeit-Zeldistemer 6- und 12 St., leicht färbend W. Seifmann, Berlin, W.</p>

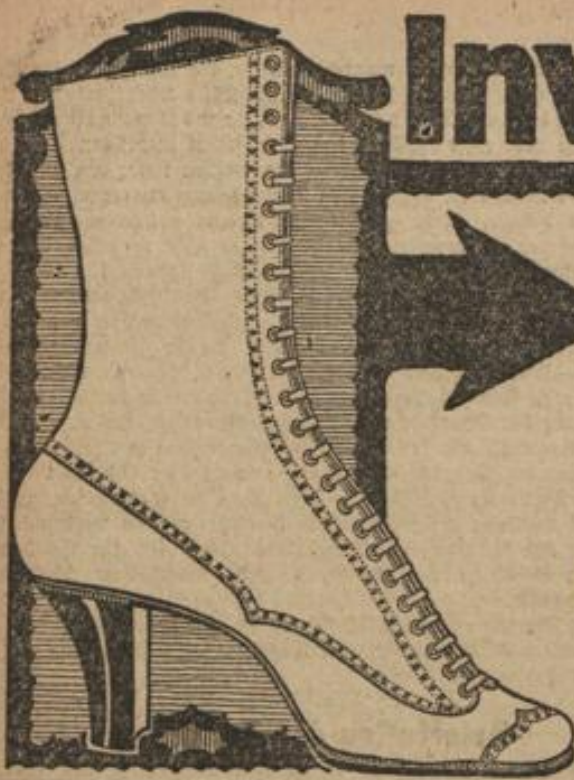
Verkaufsstellen im Reich: Berlin, Mitte 151, Dörfelgasse 107A Potsdamer Str. 185 (2. u. 3. Stg.)

Unser **Shuëinventur** hat soeben begonnen. Wir räumen Einzelpaare und Restbestände zu spottbilligen Preisen. Die Auswahl ist natürlich in den ersten Tagen am grössten

Tack Schuhfabriken
Burg Magdeburg

124 Verkaufsstellen im Reich

- SW, Friedrichstr. 240/41
- W, Potsdamer Strasse 50
- W, Schillstrasse 16
- NW, Beusselstrasse 29
- NW, Turmstrasse 41
- NW, Wilsnacker Str. 22
- N, Brunnenstrasse 37
- N, Danziger Strasse 1
- N, Friedrichstrasse 130
- N, Mällerstrasse 3
- O, Andreasstrasse 50
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstrasse 2a
- SO, Wrangelstrasse 49
- C, Spittelmarkt 15
- C, Rosenthaler Strasse 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 122/23 / Potsdam, Brandenburger Strasse 54



Inventur-Ausverkauf

Wir bringen derartig billige Preise,
dass man überall davon sprechen
wird denn wir verkaufen ohne
Beachtung des wirklichen Wertes
rücksichtslos billig.

Dorndorf

Friedrichstr. 65.

Taentzienstr. 16

unsere
Schaufenster
zeigen die
enormen
Vorteile
die nur wir
mit unserem
Fabrikat
bieten
können.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Fidelio
7 Uhr

Schauspielhaus
Die Sterne
7 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: César u. Kleopatra
Sonntag 8: César u. Kleopatra

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Florindo. Hierauf:
Der Abenteuer und die
Sängerin.
Sonntag 7 1/2: Tanzmatinee
Valerio Kratina

7 1/2 Uhr: Frühjahrs Erwachen
7 1/2 Uhr: Florindo. Hierauf:
Der Abenteuer und die
Sängerin

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Florian Geyer (Auss. Ab.)
7 1/2 Uhr: Danton (Auss. Ab.)
7 1/2 Uhr: Florian Geyer (Auss. A.)

Theater i. d.
Königsgrätzer Str.
Täglich
8 Uhr: **Salome**
(Orska, Hartau, Branden,
Veidt, Dornburg)
Sonntag nachm.: **Rausch**

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg.
Josefine Dora u. G., Ortrud
Wagner, Picha, Haskel,
Steda, Kiper.
Sonnt. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater
7 Uhr: Die spanische
Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit

Fritzi Massary
Hans Wassmann, Emmy
Sturm, Julius Brandt,
Reinhold Pasch, Olga Engi
Sonnt. nachm.: Letzt. Walzer

Trionon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Carl Clewing in
Kammermusik
Lustspiel von H. Hagenstein,
H. Albers, Lulso Werchmeister.
Sig. 4. h. Pr.: Roman einer Frau

Residenz - Theater
Heute nachm. 4 Uhr. kl. Pr.:
Aschenbrödel.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Lady Windermere's Fächer
Arnold, Sandrock, Mamelok,
Otto, Falkenstein, Toelle, Korti
Sig. 4. kl. Pr.: Die Freundin

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: **Schneider Wibbel**
U.

Casino-Theater
Lehringer Str. 37. Tägl. 7 1/2
U. Schlager aller Volkstümliche
Der Fehltritt einer Frau
Vorher: Theaterliebe
Oper. Sketch mit Vikt. Litze.
Sonntag 3 1/2: Eine fidele Ehe,
Volkstümliche Preise.

Admiralspalast
Ball d. Oesterreicher
Morg. 3 1/2: Fiert in St. Moritz
7 1/2: Die roten Schuhe.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Lessing-Theater
Heute bis Montag 7 1/2 Uhr:
Fiamme
(Dorsch, Hartmann, Götz,
Prückl.)

Deutsches Künstler-Theater
3 Uhr Kinder- **Fitzflitz**
Vorstellung:
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Frau Bärbel** (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Rigoletto**
Friedr. Wilhelmst. Th.

1 1/2 Uhr: **Hohelt die Tänzerin**
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Der Seltsame, Lotichens
Geburtstag

Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **Reigen**
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Baronesschen Sarah**

U. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Bleck in
Die schwedische Jungfrau
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Hollandweibchen**
Neues Operettentheater.

7 1/2 Uhr: **Yu-Shi tanzt**
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Perikles von Tyrus
Schiller-Theater, Charl.

2 Uhr: Nathan der Weise
7 1/2 Uhr: Der ehem. Leutnant
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Th. am Nollendorfsplatz
3 1/2 Uhr: Maskenball

7 1/2 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**
Theater des Westens
3 1/2 Uhr: Gänsefresser
7 1/2 Uhr: Der ersten Liebe gold. Zeit

7 1/2 Uhr: **Der verjüngte Adolar**
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Geiger von Lugano

7 1/2 Uhr: **Folles Caprice** u. s.
am Oranienburger Tor,
Neun Monate a dato
Die Reservados

Meine Tochter d. Herzogin
m. Ferd. Gräneck, Rudolf
Rudolf, Georg Erich Schmidt,
Vorverk. 11-2 und ab 6 Uhr.
Tel.: Norden 9692

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen.
Telephon: Norden 8643

Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.
Gussy Holt, Paul Grätz,
Joachim Ringelnatz, Wolf
Kilian, Greter, Ratoff,
Joseph Burstein, Anne-
marie Hase, C.K. Roellinghoff
Cont. Richard Rilla.
Am Filz, Mischa Spolianski,
Kapelle Leonidoff.

Variété-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53/54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

APOLLO
THEATER
am Jannowitzbrücke
Das Publikum
filmt
Allabendlich
unter pers. Reg. v.
Leo Peukert.
Die m. Theater-
besuch. allabendl.
aufgen. Filme
werden stets ab
nächst. Tag den
ganz. Monat oft
vorgeführt.
Wiederauftr.
Kampfstiere
nachdem Siche-
rungen i. d. Pu-
blikum getrotzt
sind.
Toni Tetzlaff
Leo Connard
in
"Nude Dich"
4 Uessem
Pätzold Fam.
Ant. 7 1/2 Uhr.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal TAN 2

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21
Galasänger
3 Uhr Sonntags 7 30 U.
Nachmittags 1 Kind frei

Prachtsäle
Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72
Täglich
Großer Ball

Neue Welt
Arnold Scholz
Heute Sonabend, 15. Januar Heute

Bayer. Bierfest
1. Großer Alpenball
im bayer. Hochgebirge
Anfang 6 Uhr
Fünf Kapellen ♦ 30 bayer. Mad'l

De-Ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik 1-1 Neu renoviert
Eigene Konditorei.

Circus Busch
Tägl. 7 U., Sonnt. auch 3 U.
Hans Stöck-Sarrasani's
Elek.-Progr. Fig. Mensch.
Eisbären, Löwen usw.
Direkt Traumland
Vorverk. Tietz u. Circusk.

WINTERGARTEN
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am Kottbus. Tor
Tel.: Moritzpl. 14814
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
Das hervorragende
Januar-Programm
Bühnen-Konz. B.7
Vorv. 11-1 1/2 u. 4-6

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Steffner
Sänger
Nehm. halh. Pr.!

METROPO
Variété-Kasino
Behrenstraße 54
Punkt 7 1/2 Uhr
Riesen-Jubel (25.) Spielpl.
13 Schinger

JUL. LIEBMAN'S KLEINER WINTERGARTEN

FLEDERMAUS
UNTER DEN LINDEN 14

Erste große
Fledermaus-Redoute
am
Sonabend,
dem 15. Januar
1921, abends 7 Uhr
Gesellschaftstheater oder Maske.
Kapelle Brachfeld

Täglich 8 Uhr:
Das große Januar-Programm
mit
MARGARETHE KUPFER
Dienstreiter von Karl Wilkayaki
ELSE MÜLLER PAJANINA
JULIUS u. ADALBERT LIEBAN
Am Flügel: ALFRED STRASSER
Ab 10 Uhr
Tanz mit Tanzvorführungen H. u. M. Clément
Täglich 1/5 bis 1/7: Tanz-Tee

Die
beliebtesten
Tanzabende
Leitung: Albertu.
Otto Erbe
Treff
Tanzparadies Zeit 2
in den Zelten (Tiergarten)
Ball-
orchester
Mitgl. der Kapelle
Fritz Fuchs

Ziehung un widerruflich schon 17. u. 18. Januar
Lungenheilstätten-Lotterie
100 000 Lose, 3655 Gewinne im Gesamtwert von Mark
100 000
Haupt-
Gewinn
Mark **50 000**
Lose zum nützlichen Preise Porto u. Gewinnliste
von 5 Mark 60 Pf. 1 Mk. 20 Pf. Sonderlos
H.C. Kröger, Berlin W 8,
Friedrichstr. 192-193

Brillanten
Perlen, Smaragde
kauft zum höchsten Kurs (auch ganze Nachlässe)
W. Weisager,
Celpziger Straße 112, Eingang Wasserstraße

Große, sehenswerte
Möbel-
Ausstellung

Speisezimmer, Herren-
zimmer, Schlafzimmer
Wohnzimmer, Wohn-
salons, Dielen, Küchen
Einfache, mittlere u. vornehmste
Ausführungen in allen Preis-
lagen und bester Verarbeitung.
Besichtigung lohnend und erwünscht.

Herabgesetzte Preise.
Küchensessel und Garnituren in
Eiche, Cord und Gobelins. Kusch-
möbel jeder Art, Einzel-Möbel,
u. u. Beleuchtungsgegenstände, u. u.
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C. Dirksenstraße 31
am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgraben

Ringeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Band-eisen,
Gas-Ziederöhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Rochowweg 120/122. Ede Voltairerstraße. Reichshagen 120/122.

Oberlandesgerichtsrat
ausgeb. fachgemäße Rechtsberatung, Abmilderung schwieriger
Fälle, Ehe, Alimenten, Betrugssachen, Ermittlungen.
Potsdamer Str. 115, Bülow 3494, Direktor Fabisch.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N. 21, Friedelstraße 127, nahe Karli.
die Rechtsauskunft des großen Publikums
— Frageabteilung — Sprechzeit 9-5
Bisher über 125 000 Ratfahrende.

Stellenangebote
Packer
nachweisbar erfahren im Packen von Eisenwaren, von großem
Berliner Sporthaus sofort gesucht. Schriftliche Angebote an
Americo, Kochstr. 28/29

Die gute **MASSARY** Zigarette
In aller Munde!

nommen wird auch ein Antrag der Sozialdemokraten, die Verwen- dung der Schüler für Sammelzwecke zu verhindern. — Der Antrag der Deutschen Volkspartei, den 18. Januar zum Schulfest- tag zu machen, kommt in namenslicher Abstimmung zu Fall, da infolge der Stimmenthaltung der sozialistischen Parteien Beschluss- unfähigkeit eintritt.

In der sofort anberaumten nächsten Sitzung des Tages be- antragt

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.), den Einspruch des Abg. Bichtenstein (U. Soz.) gegen den vormittags erhaltenen Ordnungsruf nun end- lich auf die Tagesordnung zu setzen, nachdem bereits mehr als sechs Sitzungen inzwischen stattgefunden haben.

Auf Wunsch des Präsidenten Reimert wird die Abstimmung über den Einspruch zurückgestellt, bis das Stenogramm vorliegt.

Die namensliche Abstimmung über den Antrag Dr. Thäer (D. Sp.), an der Universität Göttingen eine Professur für refor- mierte Theologie einzurichten, erhält die Beschlussunfähig- keit des Hauses, da nur 119 Stimmen abgegeben sind. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf sofort an. Als erster Punkt wird der Einspruch des Abg. Bichtenstein (U. Soz.) gegen den ihm erteilten Ordnungsruf behandelt: Der Einspruch wird gegen die Stimmen der Unabhängigen verworfen. Auch die namensliche Abstimmung über den Antrag Hallmann (D. Sp.) bzw. Mittag (Dnat. Sp.), den Volkstadiums über die Haupt- bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles möglichst bald jedem Schüler der Volks- und höheren Schulen einzuhändigen, ergibt die Beschlussunfähigkeit mit 104 abgesehenen Stimmen. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf sofort an. Nach Er- öffnung der Sitzung hat das Wort

Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald:

Ich werde dafür Sorge tragen, daß das Hebammenge- setz der neuen Landesversammlung so rechtzeitig zugeht, daß es noch zu dem in Aussicht genommenen Termin in Kraft treten kann. Bei der Nachprüfung des Stenogramms über die Ausführungen des Ge- heimrats Krohne gegenüber den Angriffen des Abg. Dr. Wenzel habe ich festgestellt, daß einige Wendungen allerdings besser unterblieben wären. Andererseits hat aber Dr. Wenzel (U. Soz.) Herrn Geheimrat Krohne in mehrfacher Hinsicht Unrecht angetan, er hat ihm grundloses Sabotage vorgeworfen. Es steht fest, daß die Medizinalabteilung sich seit 15 Jahren für eine Reform des Hebammenwesens eingesetzt hat, und daß lediglich der Widerstand des Finanzministeriums eine Verwirklichung der Reformpläne bisher verhindert hat. Im übrigen ist Geheimrat Krohne ein hervor- ragend befähigter, sozial warm empfindender Beamter, seine poli- tische Befähigung spielt keine Rolle. (Bravo rechts!)

Abg. Schloßmann (Dem.): Wir vermischen, daß der Minister nicht gerügt hat, daß Geheimrat Krohne über nicht veröffentlichte Aus- sprüche verhandlungen gesprochen hat.

Abg. Ludwig (U. Soz.): Deshalb erkläre ich der Wohlfahrtsminister denn gleich eine Anweisung an die Beamten seines Ministeriums, wenn es sich um die Entlohnung eines einzelnen Beamten handelt?

Abg. Dallmer (Dnat. Sp.): Die längeren Ausführungen der Regierungsvorrede in Aussicht sind uns im höchsten Grade er- wünscht gewesen. Den Vorgesetzten möge sie zu lang vorkommen sein. Uns fallen sie interessant und verständnisfördernd ge- wesen.

Danach wird das Mittelschullehrer-Dienstge- setz in zweiter und dritter Beratung im ganzen an- genommen. Dazu wurde ein Antrag aller Parteien angenommen, daß die nicht als Leiter oder Leiterin von Schulen mit mindestens vier hauptamtlichen Lehrkräften angestellten Lehrer und Lehrerinnen nach 21 Dienstjahren zur Gruppe II gehören sollen.

Das Dienstgehalt für Gewerbe- und Handelslehrer wird in zweiter und dritter Beratung ebenfalls un- verändert angenommen. Desgleichen gegen die Stimmen der Unabhängigen das von allen Parteien beantragte Gesetz über das Hebergangsgeld der Minister, nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien das von den Sozialdemo- kraten beantragte Verringerungsgesetz zur Stempelsteuer. Ohne Debatte werden in zweiter und dritter Beratung ferner angenommen das Kleinbahnankelengesetz und drei Gesetze zur Ver- schärfung von Mitteln für Wasserstraßenbauten.

Ohne Aussprache werden angenommen: Ein Gesetz betreffend den Bau elektrischer Anlagen zwischen Braunschweig und Hannover, ein Gesetz betreffend die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Ver- bürgerung der Baukostenübernahme, ferner ein Gesetz betreffend die Verringerung der Gesetze über die Handelskammern vom 24. Februar 1870, 19. August 1887, 2. Juni 1902 und ein Gesetz be- treffend die Verlegung des Fischmarktes Altona.

In erster, zweiter und dritter Beratung werden ferner erledigt: Ein Gesetz über die Verringerung des Beamtendienstge- haltes vom 17. Dezember 1920 sowie über eine Verringerung des Gehaltes betreffend die Gewährung von Ratu- schüssen zu den gesetzlichen Kinderzulagen und Orlofschulden der nicht planmäßigen Beamten und Volksschullehrpersonen vom 18. De- zember 1920.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wird die Abstimmung über einen Gesetzentwurf zur Verringerung des Gehaltes vom 27. Februar 1880 betreffend die Besteuerung des Wanderlagers- betriebes vorgenommen. Das Gesetz wird angenommen, zu- gleich damit ein Antrag aller Parteien, der die Gemeinden berech- tigt, Zuschüsse zu erheben.

Schließlich genehmigt die Landesversammlung auf gemeinsamen Antrag aller Parteien den Besoldungsplan und beantragt den 20. Ausschuss mit seiner Nachprüfung.

Präsident Reimert

gedenkt in seiner Schlussrede des Friedens von Versailles, der in dieser Legislaturperiode unterzeichnet wurde und fährt fort: Die Gebietsverluste sind ziemlich erheblich. Wir haben verloren fast die ganze Provinz Posen, das Saargebiet, das Memelgebiet, Teile von Schlesien und Westpreußen, mit der Hafenstadt Danzig, einen Teil von Schlesien und Lippen und Rastenburg. Wir haben die Abgeordneten jener Kreise mit schmerzlichen Bedauern scheiden gesehen. Für den Landtag fällt ihre Tätigkeit ganz weg.

Ich glaube die Hoffnung auszusprechen zu können, daß alle Deutschen, die durch den Friedensvertrag von uns getrennt worden sind, noch einmal das Recht der freien Selbstbe- stimmung der Völker erlangen werden.

(Beifall.) Ober-Schlesien steht noch zur Abstimmung, und da befinden wir uns in großer Sorge um die Freiheit, die Gesundheit und das Leben unserer Brüder und Schwestern in Oberschlesien. Wir hoffen, daß alle diese Reiden ein Ende nehmen möchten mit dem Tage, an dem diese Bevölkerung sich endgültig für Deutschland erklärt. (Beifall.) Ich hoffe nicht nur, daß Oberschlesien uns erhalten bleibt, sondern daß der Friede von Versailles, der die Leidenschaft der Völker widerspiegelt, so wie sie sich in dem furchtbaren Kriege entwickelt hat, dem Rechte weicht, das allen Völkern gegeben ist; das Recht, daß ihre Grenzen nicht mit Gewalt festgelegt werden dürfen, sondern allein der Wille der Bevölkerung entscheidet, zu welchem Volksteil und zu welcher Stammesgemeinschaft sie gehören wollen. (Beifall.)

Wenn man die kurze Geschichte dieses Hauses überblickt, so wird man zugeben müssen, daß gerade auch durch die Einwirkung der Landesversammlung sich eine wesentliche Besserung voll- zogen hat. Die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung ist zurückge- kehrt. Wirtschaftliche Erschlatterungen, wie sie leider durch be- waffnete Volksgenossen herbeigeführt worden sind, werden uns aller Voraussicht nach in Zukunft erspart bleiben. Für die Sicherheit der Zukunft gebührt Dank vor allen Dingen den Bergarbeitern, die emsig gearbeitet haben, um die Drehungen unserer Gegner, die im Friedensvertrage nicht begründet sind, von uns abzuwenden. (Unhaltender stürmischer Beifall.) Mit der Arbeitsfreudigkeit des Volkes ist auch die Arbeitsfreudigkeit in diesem Hause gewachsen.

Der Wahlkampf in Berlin.

Mit einer großen Zahl öffentlicher Versammlungen trat die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins am Freitagabend in den preussischen Wahlkampf ein. Die Versammlungen waren, wie uns berichtet wird, durchweg stark besucht und von gutem Geiste für die Sache belebt. Daß die Kommunisten ihr ödes Treiben der Versammlungsperre auch jetzt wieder ver- suchten, eckelt vernünftige Arbeiter nachgerade an. Sie werden den Radoubärden die Quittung am Wahltag geben.

Von den einzelnen Versammlungen erhielten wir bisher nur von wenigen Stimmungsberichte, die wir hier folgen lassen:

Die Versammlung in den „Sophienhöfen“ war gut besucht. Einige Kommunisten versuchten das Referat des Genossen Kagenstein durch andauernde Zwischenrufe zu unterbrechen. Es gelang jedoch dem Versammlungsleiter, unterstützt durch einige Ge- nossen, sehr bald, die unheimlichen Ruhestörer zur Vernunft zu bringen. An der Diskussion beteiligten sich etwa 10 Redner, von denen die Hälfte unserer Partei angehörten, denen es ein leichtes war, die von den Kommunisten vorgebrachten verworrenen An- sichten zu widerlegen, so daß der Referent in seinem Schlusswort leichte Arbeit hatte und die Übergröße der Mehrzahl der Versammlung ihm lebhaft zustimmte.

Böhmische Brauhaus, Landsberger Allee. Der große Saal war gut gefüllt, der Verlauf in jeder Weise glänzend. Das Re- ferat des Genossen Kattner verlief unter stürmischen Beifall. Ein Kommunist fiel mit seinen hohen Phrasen glatt ab. Große Aufmerksamkeit fanden dagegen ein älterer Genosse sowie ein früherer U.S.P.-Funktionär, der seit Halle zur S.P.D. zurückge- kehrt ist, als er seine Erfahrungen mit den Radikalismus des linken Flügel drohtisch aus persönlichem Erlebnis schilderte. Der Verlauf der Versammlung berechtigt zu den besten Hoffnungen bei der Wahl.

Vor überfüllter Versammlung sprach in der Bodbrauerei in der Chausseestraße Genosse Heller. Er wies auf die Wichtigkeit dieser Wahlen hin. Die Parteien, die jetzt im Reich die Regierung haben, die sogenannten Aufbauparteien, haben versagt. Es liegt an uns, daß wir am 20. Februar ein Preußenparlament wählen.

Seit dem 13. März 1919 bis heute sind 656 Tage gewesen, von denen für die parlamentarische Arbeit 372 in Betracht kamen. An 185 Tagen fanden Vollkungen statt und an 165 anderen Tagen Aus- schüßsungen. Man darf wohl sagen, daß kein Parla- ment der vorhergegangenen Zeit so außer- ordentlichen Arbeitseifer bewiesen hat. Unsere Arbeit war aber nur möglich dank der Arbeitsfreudigkeit der Be- amten dieses Hauses, denen wir dafür unseren Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall.) Dank gebührt auch den Mitarbeitern des Vor- standes, des Sekretariates, die mich in der Geschäftsverteilung so außerordentlich freundlich unterstützt haben. Meinen besonderen persönlichen Dank spreche ich auch dem Herrn Vizepräsidenten aus. Das größte Werk, das uns in diesem Hause beschäftigt hat, war die Verfassung. Sie soll nun zum ersten Male in ihrer wichtigsten Bestimmung wirksam werden:

alle Macht geht vom Volke aus.

Bei den kommenden Wahlen wird der Wille des Volkes zum Aus- druck kommen, wie es in Zukunft regiert sein will. Wir nehmen Abstand von dieser Landesversammlung vorläufig in dem Bewußt- sein, daß ihre Tätigkeit in den beiden Jahren dem Wohle des preu- ßischen und deutschen Volkes gegolten hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (J., als Alterspräsident): Eine große Zahl von Ge- nossen haben mir vorschläge gemacht. Wenn es aber gelungen ist, in solcher großen Zahl diese Gesetze zur Durchführung zu bringen, diese reiche Arbeit zu leisten, so hat ein ganz wesent- liches Verdienst daran unser allverehrter Herr Präsident Reimert. (Lebhafter Beifall.) Mit großem Geschick, Umsicht und unermüdlichem Eifer hat er das Präsidium geführt und geleitet. Namentlich hat er es verstanden, mit voller Unparteilichkeit und Ge- rechtigkeit die Geschäfte zu führen. (Beifall.) Ich handle in Ihrem Sinne, wenn ich dem Herrn Präsidenten Reimert für diese seine Geschäftsführung den verbindlichsten Dank des Hauses ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Reimert dankt für die freundlichen Worte und knüpft daran den Dank der Landesversammlung an den Alterspräsidenten Herold, der die Landesversammlung eröffnet und bis zur Wahl des Präsidiums, bis zum Beginn ihrer Arbeitsfähigkeit geleitet hat. (Beifall.)

Die „Demokraten“ von Berlin.

Der demokratische Bezirksparteitag hat am Freitagabend die Kandidatenliste für Berlin aufgestellt. Sie zeigt u. a. folgende Namen: Handelsminister Fischbeck, Handwerkskammerpräsident Rahardt, Herr Graue, Handelslehrerin Potteck.

Die Bestrebungen, den Prof. Preuch von der Berliner Liste zu verdrängen, haben also Erfolg gehabt. Der „Kommunalfreisinn“ von ehemals triumphierte über die Republikaner vom Schlage eines Preuß. Dafür aber haben sie in dem früher freikonser- vativen Abgeordneten Rahardt einen würdigen demokratischen Ersatzmann.

Ministerpräsident Stelling.

Sozialdemokratisch-demokratische Koalition in Mecklenburg.

Schwerin, 14. Januar (M.B.). Bei der heutigen Wahl eines Ministerpräsidenten im Mecklenburg-Schwerinschen Landtage wurden 62 Stimmentzettel, davon 3 unbeschriftete, abgegeben. Von den abgegebenen Stimmen fielen 31 der Sozialdemokraten und Demo- kraten auf den früheren mecklenburgischen Staatsminister des Innern Stelling (Soz.) und 28 der Rechten auf den bisherigen Minister- präsidenten Professor Dr. Reinde-Bloch (Deutsche Volkspartei). Staatsminister Stelling nahm die Wahl an. Die Wahl der übrigen vier Mitglieder des Ministeriums soll am nächsten Mittwoch, nach- mittag 3 Uhr, stattfinden.

Konflikt wegen der Reichsgründungsfeier.

Französisches Verbot — Deutscher Einspruch.

Berlin, 14. Januar. (M.B.). Nachdem der Reichs- kommissar für die besetzten rheinischen Gebiete davon Kenntnis er- halten hatte, daß in der französischen Zone jede öffent- liche Feier des Gedenktages der Reichsgründung am 18. Januar verboten sei, hat er mündlich und schriftlich bei der internationalen Rheinlandkommission hiergegen Einspruch er- hoben und darauf hingewiesen, daß das Bemühen vergeblich sein werde, den geistigen Zusammenhalt in vaterländischen Fragen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu unter- binden.

Gothein aus Oberschlesien ausgewiesen.

Der demokratische Reichsminister a. D. Gothein, dem durch die Internationalisierte Plebiszitalkommission verboten worden war, eine öffentliche Versammlung in Oppeln abzuhalten, ist nunmehr aus Oberschlesien ausgewiesen worden.

Das überwiegend von Sozialdemokraten besetzt ist. Die Koalitions- regierung im Preußenparlament hat seit der Revolution sehr vieles geschaffen. Sie konnte allerdings nicht mehr leisten, weil die Unabhängigen verjagt haben und nicht mit in die Regierung hineingegangen sind. In der Diskussion meldete sich zunächst ein Kommunist, dessen Ausführungen aber sofort von unserem Genossen Müller treffend widerlegt wurden. Des weite- ren meldete sich ein Kriegsveteran, der davor warnte, auf die Straße zu gehen. Nach einem kurzen, treffenden Schlusswort des Genossen Heller wurde die imponente Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei geschlossen.

In der „Bergaue“ in Köthenberg referierte der Preussische Finanzminister Genosse Hermann Lüdemann. In durchaus sachlicher Weise legte er die Schwierigkeiten dar, unter denen unsere Genossen in der Regierung arbeiteten. Besonders ging der Referent auf die finanziellen Schwierigkeiten ein, unter denen die Regierung zu leiden hatte. Das Referat wurde wiederholt von Kom- munisten, die in der Absicht zu stören gekommen waren, mit stürmischen unflätigen Zwischenrufen unterbrochen, so daß sich der Redner nur mit Mühe Gehör schaffen konnte. In der Dis- kussion kamen zwei Kommunisten zu Wort. Ihre unflätigen Schimpereien entsetzten einen allgemeinen Tumult, so daß die Debatte geschlossen werden mußte.

Einen guten Verlauf nahm die Versammlung in Friedrichs- feld, in der Genosse Fuch in etwa einstündigen Ausführungen das Thema behandelte, die Genosse Waldmann in der Diskussion wesentlich ergänzte. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Auf- forderung nicht zum Wort.

Am „Victoria-Garten“ zu Treptow referierte der Genosse Jakob Altmaier vor einer gut besuchten Versammlung. Er legte in archaischer Weise die Bedeutung der Landtagswahlen dar. Das Referat fand außerordentlich beifällige Aufnahme. In der an- schließenden Diskussion versuchten zwei kommunistische Redner den sachsam bekannten Phrasenschwall anzubringen, fanden jedoch bei der Zuhörerschaft keine Beachtung. Der Referent fertigte in seinem Schlusswort die beiden Redner glänzend ab und fand den ungeteil- ten Beifall der Versammlung. Die Treptower Genossen gehen frohen Mutes in den Wahlkampf.

Kabinett Pétet-Briand in Sicht.

Paris, 14. Januar. (Eureopa.) Das neue französische Ministerium kann als gebildet angesehen werden. Um 1 Uhr nach- mittags fand die Unterredung zwischen dem Kammerpräsidenten Raoul Pétet und dem Präsidenten Millerand statt. Pétet erklärte sich grundsätzlich bereit, das neue Kabinett zu bilden. Seine endgültige Antwort werde der Präsident der Repu- blik erst um 6 Uhr abends bekannt geben. Als künftige Mitarbeiter Pétets sind anzusehen: Für die Finanzen, nachdem Poincaré die Übernahme dieses Portefeuilles abgelehnt hatte, Louchere; für das Ministerium des Innern Aristide Briand; für das Justizministerium Bonnevay. Der gegenwärtige Kriegsminister Raiberti wird Kriegsminister bleiben, ebenso der gegenwärtige Arbeitsminister Le Troquer sein Amt behalten.

Havas meldet: Raoul Pétet begab sich um 5½ Uhr nach- mittags ins Elysee zu Millerand. Beim Verlassen des Elysees er- klärte Pétet: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen will ich nur ein großes Ministerium der nationalen Einigung bilden. Dadurch ziehen sich die Verhandlungen in die Länge, sie werden heut abend und morgen früh fortgesetzt werden.

Eine offiziöse Londoner Depesche erklärt, es sei möglich, daß die Internationalisierte Konferenz wegen des Sturzes des Ministeriums Lengues vertagt werde.

Volkentscheid über die Reichsfarben?

Durch das offiziöse Wolff-Bureau wird folgende mert- würdige Nachricht verbreitet:

Wie uns mitgeteilt wird, soll der Versuch gemacht werden, den Streit um die Reichsfarben, der durch die Bestimmung der Verfassung offensichtlich noch nicht beigelegt ist, im Interesse des inneren Friedens und der Geschlossenheit unseres Volkes endgültig aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zwecke hat die Deutsche Volkspartei bei den anderen Regierungsparteien angeregt, die Entscheidung der Frage der Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volksentscheid herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammenritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Das Vorgehen der Deutschen Volkspartei ist nichts weiter, als eine ziemlich durchsichtige Wahlmaxime. Man will das Zentrum und vor allem die Demokraten, in deren Reihen gar viele sitzen, die innerlich zu den schwarz-weiß-roten Pa- trioten gehören, vor den national-liberalen Karren spannen.

An sich ist die Frage der Reichsfarben keine solche, daß sich das Volk darum besonders den Kopf zerbrechen. Wenn man in Weimar die bisherigen kaiserlichen Reichsfarben durch die alten demokratischen ersetzte — die schon den deutschen Gedanken verkörpert, als es noch ein Ver- brechen gegen Preußen oder Sachsen oder Bayern oder Reichs- greiz-Schleier-Lobenstein war, sie zu tragen —, so geschah das in der ausgesprochenen Absicht, durch den Farbenwechsel anzu- deuten, daß das militäristische Deutschland erledigt und ein neues republikanisches im Entstehen be- griffen sei.

Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei an ihre Koalitions- genossen ist ein Vorstoß gegen die Republik. Man will das monarchistische Banner wieder aufpflanzen in der Meinung, daß, wenn erst der Mantel wieder da sei, auch der Herzog folgen müsse. Nur hat ihre Rechnung ein Loch: Sie brauchen beim Volksentscheid nach Art. 76 der Verfassung die Mehrheit aller Stimmberechtigten, um Erfolg zu haben. Sie vermuten doch nicht ernstlich, daß sie die um des bunten Tuches willen bekämen?

Das Urteil von München.

München, 14. Januar. (M.B.). Nach dreitägiger Verhandlung verkündete heute abend das Schöffengericht München in dem Pro- zess gegen Dobner und Bracher und Genossen wegen Verrats mili- tärischer Geheimnisse das Urteil. Der Spitzel Bracher wurde zu einem Jahr Gefängnis, abzüglich zwei Monate Unter- suchungshaft verurteilt. Der Angeklagte Best wurde wegen Erpressungsversuchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Einräumung einer Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Der Haft- befehl bleibt aufrechterhalten. Dobner und zwei weitere Ange- klagte wurden freigesprochen. (Siehe Abendblatt. Red.)

Gewerkschaftsbewegung

Die unbequemen Betriebsräte.

Verleumdungen gegen die Betriebsräte der Straßenbahnen gehen in letzter Zeit durch die ganze bürgerliche Presse. Augenblicklich wird der Betriebsrat der Berliner Straßenbahnen moralisch „hingerichtet“. Es wird u. a. behauptet, daß 40 Betriebsräte vorhanden sind, von denen keiner unter 15 000 M., also im ganzen jährlich 600 000 M., verdient und die alle von der Arbeit befreit sind, weil sie ständig über die Schaffung neuer „Kienier“ beraten und „im Verband tätig sein müssen“. Weiter heißt es wörtlich:

Zu diesen Betriebsräten gesellen sich 200 Vertrauensmänner, Funktionäre, Obleute u. a., die wöchentlich während des Dienstes stundenlange Sitzungen abhalten, Sozialisierungskommissionen, Wirtschaftsausschüsse gebildet haben, an Schiedsgerichten und anderen Veranstaltungen teilnehmen, den Betrieb „kontrollieren“ und den Drang in sich verspüren, über Reformen in ihrem Interesse, wie z. B. die schleunigste „Verjüngung der Direktion“, Pläne und Anträge zu schmieden. Heute liegen die Dinge nach Ansicht maßgebender (2. Red.) Personen und Sachverständigen so, daß von einer Verwaltung der Straßenbahn eigentlich nicht mehr gesprochen werden kann, wohl aber von einer Diktatur der Räte...

In Wahrheit ist die Wahl der Betriebsräte natürlich nach den gesetzlichen Vorschriften und dem Verfahren, wie es bei dem Berliner Magistrat üblich ist, vorgenommen worden. Daß die Räte der Straßenbahnen Rechte haben, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, haben sie einmal ihrer Organisation, dem Transportarbeiterverband, zu danken und dann der sozialen Einsicht des Berliner Magistrats, der besser als die Schleifsteinbrecher begriffen hat, daß das Betriebsrätegesetz nur ein Rahmengesetz ist, das Mindestrechte für die Arbeiter geschaffen hat. Selbstverständlich ist es eine läge, daß sämtliche Betriebsräte von der Arbeit befreit sind. Die gewissermaßen als Gesamtbetriebsrat amtierende Körperschaft besteht aus 30 Personen, von denen aber nur fünf von der Arbeit befreit sind. Daß das für eine Belegschaft von 22 000 Personen, die sich auf 35 Bahnhöfe, 18 Bahnhofsstellen, 3 Hochbauabteilungen, 6 Wachtstationen der Oberleitungsbauabteilung und die Hauptwerkstatt mit 1400 Arbeitern verteilen, nicht zu viel ist, wird jeder begreifen, der nicht trostlos Ignorant ist, um so mehr als diese Stationen durchweg außerhalb der Peripherie der großen Stadt liegen. Auf den einzelnen Bahnhöfen nimmt ein Obmann die Interessen der Arbeiter wahr. In den Frühstunden macht er Dienst und ist später Bahnhofsreferent, d. h. muß einspringen, wenn Rot am Mann ist. Diese Referate ist nicht extra für den Obmann geschaffen, sondern ist schon stets vorhanden gewesen.

Die Hege gegen die Betriebsräte läßt aber deutlich erkennen, wie unangenehm den Kapitalisten und ihren journalistischen Schlägen selbst die bescheidenen Rechte des Betriebsrätegesetzes sind. Und das ist begreiflich, sehen doch diese Herren wieder die Zeit herbei, in denen der Unternehmer unumschränkter Herr und Gebieter in seinem Betriebe war.

Neue Teuerungszulagen im Steindruckgewerbe.

Die letzten im Steindruckgewerbe geführten Lohnverhandlungen konnten trotz der im Steindruckgewerbe niedrigen Löhne zu keinem Ergebnis geführt werden, weshalb der Verband der Lithographen, Steinbrucker und verw. Berufe das Reichsarbeitsministerium um

Erteilung eines Schiedsspruches anrief. Der dann am 16. Oktober 1920 gefällte Schiedsspruch brachte allen Verheirateten oder im Sinne der Erwerbslosenfürsorge einen eigenen Haushalt führenden eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes von 15 M. mit der gleichzeitigen Bestimmung, daß dieser Schiedsspruch bei Annahme Wirkung bis zum 31. Dezember habe.

Dieser Schiedsspruch wurde sowohl von der Arbeiter- wie von der Unternehmerorganisation anerkannt, und damit waren die Lohnverhältnisse bis zum 31. Dezember geregelt. Schon allein die durchaus unzureichende Lohnzulage des Schiedsspruches wäre genügend Veranlassung gewesen, nach Ablauf der Gültigkeitsdauer neue Forderungen zu stellen. Aber aus allen Teilen des Reiches liefen beim Verbandsvorstand Lohnforderungen ein, die ob ihrer Unterschiedlichkeit die bisherige Praxis, den Unternehmern vor dem Stattfinden der Verhandlungen die Forderungen zu übermitteln, Abstand nehmen ließen, um der Verhandlungskommission die Möglichkeit zur Aufstellung einer einheitlichen Forderung zu geben.

In eingehender Aussprache und unter Beachtung der Lage des Gewerbes wurde die Forderung einheitlich auf 50 M. Lohn-erhöhung in der Woche festgelegt und den Unternehmern in der am 9. Januar stattgefundenen Verhandlung unterbreitet. In rund 14stündiger Auseinandersetzung, in der die verschiedensten Änderungsanträge gestellt wurden, wurde um die Forderung der Gehilfen gerungen, um endlich auf folgender Basis den Weg zur Einigung zu finden:

Alle Gehilfen erhalten ab 1. Januar 1921 eine weitere Teuerungszulage. Es sind zu zahlen an Gehilfen im Alter von 18 bis 24 Jahren 20 M., über 24 Jahre 25 M. in der Woche. Bei Kurzarbeit wird die Zulage anteilig berechnet. Seit dem 18. Oktober 1920 unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen werden anzurechnen. Derartige Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet. Die Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1921.

Sind mit diesem Abkommen die Wünsche der Gehilfenschaft auf Erhalt eines Existenzminimums auch noch nicht befriedigt, so ist doch wieder ein Schritt nach vorwärts getan worden, der um so höher anzuschlagen ist angesichts der Tatsache, daß von linksrheinischen Unternehmern mit aller Macht auf einen Lohnabbau hingearbeitet worden ist.

Die Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Am Donnerstag fanden in Halle unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen statt, die nach einer Meldung der T. L. dazu führten, daß eine paritätisch zusammengesetzte ausfallende Kommission unversäglich mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Möglichkeit einer Kohlenpreiserhöhung verhandeln soll. Für den Fall einer Preiserhöhung soll anschließend die Möglichkeit einer Lohnerhöhung verhandelt werden.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird dazu gemeldet, daß die Lohnverhandlungen einem in Berlin tagenden Schiedsgericht übertragen worden sind, dessen Spruch spätestens heute erwartet werden kann. Gewisse Zugeständnisse sind seitens der Arbeitgeber bereits gemacht.

Die Viktoria vor dem Gewerbegericht.

Ende Oktober 1920 hat die Viktoria ihre sämtlichen Einnahmen entlassen. Die Schlichtungsausschüsse haben die außerprotestierten Klagen für unwirksam erklärt und für den Fall der Nichtweiterbeschäftigung die Entschädigungspflicht nach § 87 VGG. ausgesprochen. Die Viktoria hatte bereits gegen einen Teil der Einnahmer beim hiesigen Gewerbegericht auf Feststellung, daß die Schiedssprüche zu Unrecht ergangen sind, geklagt. Diese Klage ist abgewiesen, der Prozeß schwebt zurzeit beim Landgericht I in Berlin. Einige Einnahmer haben nunmehr beim Berliner Ge-

werbegericht auf Zahlung der aus den Schiedssprüchen sich ergebenden Summen geklagt. Die Viktoria behauptet, daß die den Einnahmern zugesprochenen Provisionen bei Berechnung der Entschädigungssumme gemäß § 87 VGG. berücksichtigt werden könnten. Die Einnahmer hätten stets erklärt, die Provision ginge für Unkosten und Entschädigungen für Unteragenten auf. Das Gewerbegericht hat in allen anstehenden Sachen zugunsten der Viktoria erkannt und ausgeführt, daß bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes die Provisionszüge mit berücksichtigt werden müssen.

Achtung, S. P. D.-Arbeiterräte!

Alle Ortsverbände der Freien Gewerkschaften stellen jetzt die Legitimationskarten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus. Wir ersuchen alle auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte, sofort den Umtausch unserer bisherigen Legitimationskarten bei ihren Organisationen vorzunehmen. Bis zu den in kurzer Zeit stattfindenden Wahlen zu der Betriebsrätezentrale muß der Umtausch unbedingt vorgenommen sein.

S. P. D.-Betriebsräte-Sekretariat, In den Zellen 23.

Achtung, Buchdrucker!

Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet in den Kammerböden, Teltower Straße, Ecke Bellevueallee, eine Versammlung statt, wozu alle Kollegen eingeladen werden. Tagesordnung: Zweite oder dritte Gewerkschaftsinternationale. Referent: Kollege Silbenbrand. Stuttgarter, württembergischer Gesandter in Berlin. Legitimation Bezirksliste.

Die Kommission: Blumenthal, Herrmann.

Achtung, Eisenbahner!

Am Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9½ Uhr, finden in folgenden Lokalen große Eisenbahner-Kundgebungen statt mit anschließender Demonstration. Umarmung zur Demonstration um Punkt 11 Uhr von den Versammlungsorten: Völkerei, Rübnerstraße 2-3; Völkerei, Brenzlauer Allee 242; Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10; Noabiter Gesellschaftshaus, Mieleffstr. 24; Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147; Andreas-Hessle, Andreasstr. 21.

Alle Eisenbahner, Beamte sowie Arbeiter, werden aufgefordert, zu diesen Versammlungen zu erscheinen.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -arbeiter, A. Krüll.

Allgemeiner Eisenbahner-Verband, A. Spanner. Deutscher Eisenbahner-Verband, P. Altorf.

Schaffplassenarbeiter! Die Gruppenversammlung findet umfänglich nicht am Montag, den 17. Januar 1921, sondern schon Sonntag, den 16. Januar 1921, vormittags 10 Uhr, im „Trülaten“, Weihenfer, Behrstr. 112, statt. Die Gruppenleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion 3, Inhaberearbeiter. Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9½ Uhr, in der Schützengasse (Schiller-Baum), Weihenstraße, Ecke Fontäne, Allgemeine Branchenversammlung der Arbeiter, Kran- und Fuhrführer aus allen Betrieben der Berliner Metallindustrie. — Weitergefahrhauer. Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 Uhr, bei Eiser, Schützenstr. 13; Wichtige Sammelversammlung.

Centralverband der Angestellten. Funktionäre, Vertrauensleute, Angestellten der Sektion der Gewerkschaften. Kollektiver und Bodenarbeiter: Heute abend, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelerstr. 14/15, Saal 6, 1. Etage.

Veranst. für den reibh. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Kasse: Dr. W. G. Berlin, Verlag: Norddeutscher Verlag, Berlin. Druck: Westdeutscher Verlag u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. Ecken 1. Etage.

Bandwurm mit Kopf verloren!

Seit 7 Jahren an Bandwurm leidend und nun schon 6 Mittel erfolglos gebraucht, probierte ich seit 1. Jan. Mittel und habe nach 1½ Stunden den Bandwurm mit Kopf verloren. So wurden bereits Tausende durch Reichels Bandwurmmittel befreit! 40 M. für Kinder 20 M. (Kleingeld).

Dr. Reichel, Berlin 40, — 50, Eisenbahnstr. 4.

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen Bar oder Teilzahlung bei kleinster Anzahlung. Bgl. Wohnungseinrichtung. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Bunte Küchen, Einzelne Möbel. Liefere auch n. auswärts. Lagerung kostenlos.

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 58 5 Min. vom Alexanderplatz. Filiale: Badstr. 47-48. 5 Min. v. Bhl. Gesundbr.

Metallankaufsstelle

Osten, Grüner Weg 80 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Große Ueberraschungen

dietet allen sparsamen Familien unser

Inventur-Ausverkauf

In nur guten und modernen

Schuhwaren

Wir haben sämtliche Waren, die infolge unseres stadtbekannten populären Verkaufssystems ohnehin unvergleichlich billig sind, nochmals derart im Preise reduziert, daß keiner versäumen darf, diese seltene Kaufgelegenheit wahrzunehmen. Es bedeutet in der heutigen teuren Zeit eine gewaltige Ersparnis für jedermann.

Dam. Halbschuhe Roh-Chevreau mit guter Laufsohle, hoher moderner Absatz. jetzt	Hochschaff-Stiefel R-Chevreau mit Lackkappe, schicke Modellformen, selten billig, jetzt
Halbschuhe und Spangenschuhe, in Roh-Chevreau und echt Chevreau, beste Leder-Verarbeitung, eleg. Formen und sehr dauerhaft. nur	Lackbesatz-Stiefel Hochschaff, Damen, ganz hoch, Lederabsatz, s. flott, ansehnlich billig
Lackschuhe m. verschiedenen Lederabsätzen, auch farbige, hochaparte Formen und Modelle, fabelhaft billig 108.80	Herren-Stiefel Rindbox, mit Derbyschnitt, elegante Börsenformen, seltener Gefallenheitskauf. jetzt nur
Leinen-Schuhe Schnür u. Spange, in weiß, Segelstoff m. Lederabsatz (kein Holz), nur noch, solange Vorrat, Ausnahmepreis	Herren-Stiefel in Roh-Chevreau oder in Mastbox z. T. auch echt Boxkalf, große Formenwahl, Lederkappe u. Lederbrandsohlen, jetzt nur
Damen-Stiefel in Rindbox mit Lackkappe, sehr elegant u. strapazierbar, jetzt nur	Herren-Stiefel Rand genäht u. Rand doppelt, beste Ledersorten, selten schöne Formen, enorm billig 225.00

Viele Einzelpaare bis zur Hälfte im Preise ermäßigt. Hausschuhe in Filz und Kamehaar, Kinderstiefel, Knaben- und Backstiefel, nur in Qualität, selten billig.

Alle ist geboten, weil der Ausverkauf nur kurze Zeit dauert

Schuh-Vertriebs-Haus Alexanderplatz

Eingang Neue Königstr. 47
Hochpartier! — Kein Laden!
Drittes Haus vom Alexanderplatz

Inventur-Berkauf

Bernada

Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 9
Münzstraße 25
Müllerstraße
(Ecke Flender Straße)
Neukölln, Berliner Str. 50
Friedenau, Rheinstr. 35

Verkaufsstellen:

Wir bringen unserer werten Kundschaft bei dem diesjährigen Inventur-Ausverkauf kolossale Vorteile. Wir haben große Posten Herren- und Damen-Stiefel und Halbschuhe bedeutend herabgesetzt. Alles hier aufzuführen ist unmöglich / Wir bitten unsere Schaufenster zu beachten

Einige Beispiele:

Damenstiefel Chromleder mit Lackkappe	97⁵⁰	Herrenstiefel echt Kalf	128⁵⁰
Elegante Hochschaffstiefel aus Kalf und Leder	169⁵⁰	Kindbox und andere gute Ledersorten	165⁰⁰
Lack-Halbschuhe ganz aus Kalfleder	135⁰⁰	Halbschuhe	78⁵⁰

Ziehung bestimmt 3.-5. Februar.

Aachener Dombau-Geld-Lotterie.

Gewinn-Plan:

335 500 M.	Berliner Lotterie.
75 000	10., 17. Februar.
50 000	Gewinn-Plan I. W.:
25 000	100 000 M.
usw.	60 000

Los 4 M. Porto u. Liste 1 M. mehr.

Los 3 M. Porto u. Liste 1 M. mehr.

Losvertrieb Emil Haase

Berlin, Oranienburger Str. 51,
Eckhaus Friedrichstraße.

Möbel auf Bar oder Kredit

zu den billigsten Preisen u. leichtesten Bedingungen. — Kleiner auch auswärts.

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 3, Eingang Alterstr.

Darüber freut sich jedermann:
Den Anzug baut auf, Ab und An
Der Schneider Julius Fabian
Gr. Frankfurter Str. 32 nur 1. Etage